



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 148 April/1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Drei Wege, wie der «verfallene» Selensky als Haupthindernis für Frieden in der Ukraine gestürzt werden könnte

Sputnikglobe, März 31, 2025



depositphotos.com

Aktuelles oder Allgemein

Wolodymyr Selensky habe sich – durch seine Abhängigkeit von westlicher Unterstützung und seine enge Verbindung zu einheimischen Neonazi-Gruppen – als das wohl grösste Hindernis auf dem Weg zum Frieden in der Ukraine erwiesen. Das sagt Dr. Marco Marsili, Forscher an der Universität Ca' Foscari in Venedig und ehemaliger Wahlbeobachter für die OSZE/ODIHR, im Gespräch mit Sputnik.

Es gebe jedoch drei Wege, um Selenskys Einfluss spürbar zu schwächen.

Erstens: Obwohl die ukrainische Verfassung die Durchführung von Wahlen während des geltenden Kriegsrechts verbietet – das Selensky verhängt hat, um im Amt zu bleiben – könnten westliche Mächte auf einen bedingten Waffenstillstand drängen. Dieser würde an die Aufhebung des Kriegsrechts gekoppelt. In der Folge sähe sich Selensky mit nationalen und internationalen Forderungen nach Neuwahlen konfrontiert. Zweitens: Sollte es zu einer Annäherung zwischen den USA und Russland kommen, wäre Washington in der Lage, Druck auf Selensky auszuüben – mit dem Ziel, dass er die Macht an ein Übergangsgremium übergibt.

Drittens: Die wachsenden inneren Brüche innerhalb der Ukraine. Marsili verweist auf militärische Rückschläge und Ressourcenknappheit, die das Vertrauen der Bevölkerung untergraben hätten. Ein ausgehandelter Waffenstillstand könnte in diesem Szenario oppositionelle oder zivilgesellschaftliche Kräfte stärken, sodass diese einen Führungswechsel fordern – insbesondere dann, wenn westliche Sicherheitsgarantien an eine Reform der Staatsführung geknüpft sind.

Hinzu komme, dass es mehrere Gründe gebe, warum die Ukraine künftig unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte: Selenskys Amtszeit lief im Mai 2024 ab, doch Wahlen wurden unter Berufung auf das Kriegsrecht auf unbestimmte Zeit verschoben – ein Umstand, der ihn und seine Gefolgsleute jeglicher demokratischen Legitimität beraube.

Die gescheiterten Minsker Abkommen sowie die ergebnislosen Gespräche von Gornj im Jahr 2022 zeigten zudem, dass die aktuelle ukrainische Führung weder willens noch in der Lage sei, sich ohne internationale Aufsicht an Friedensprozesse zu halten.

Daher, so Marsili, erscheine es zunehmend plausibel, dass nur eine neue, international überwachte Regierung in der Lage wäre, weltweit anerkannte Friedensverträge zu unterzeichnen.

«Zusammenfassend lässt sich sagen: Bei der Entmachtung Selenskys geht es weniger um Zwang, sondern vielmehr darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen seine Herrschaft schlicht nicht mehr haltbar ist – sei es durch verfassungsrechtliche Fristen, westliche Realpolitik oder eine wachsende Kriegsmüdigkeit», resümiert Dr. Marsili.

Wenn du willst, kann ich dir daraus auch eine prägnante Schlagzeile oder einen Teaser für Social Media basteln.

Quelle: Three Ways How 'Expired' Zelensky Can Be Ousted as Chief Obstacle to Peace in Ukraine

Quelle: <https://uncutnews.ch/drei-wege-wie-der-verfallene-zelensky-als-haupthindernis-fuer-frieden-in-der-ukraine-gestuerzt-werden-koennte/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

28.3.2025



Hitzewellen sind für ältere Menschen besonders belastend. © depositphotos.com

Der Klimawandel verschärft Diabetes
Hitzewellen begünstigen Diabetes und verschlimmern die Krankheit.
Besonders betroffen sind China, Indien und die USA.

Daniela Gschwend

Jeder zehnte Erwachsene weltweit hat Diabetes. Die Dunkelziffer dürfte noch höher sein, weil noch immer viele Erkrankungen unerkannt bleiben. Laut der International Diabetes Federation (IDF) könnte sich die «globale Epidemie» zu einem der grössten Gesundheitsprobleme der Welt entwickeln. Bis 2045 rechnet die Organisation mit einem Anstieg auf zwölf Prozent der Weltbevölkerung.

Ein Grund: der Klimawandel. Hitzewellen treten häufiger auf und dauern länger. Sie machen Diabetes unberechenbarer und gefährlicher, vor allem in stark betroffenen Ländern.

Die Zahl der Diabeteskranken hat sich seit 1990 vervierfacht

Seit 1990 hat sich die Zahl der Diabetiker weltweit laut WHO vervierfacht. Besonders betroffen sind China, Indien und die USA. Neben der Erwärmung spielen ungesunde Ernährung, Übergewicht und eine alternde Bevölkerung eine Rolle. Im Verdacht, Diabetes zu fördern, stehen dazu Umweltverschmutzung und Umweltchemikalien.



Die Zahl der Diabeteskranken weltweit könnte bis 2045 auf 783 Millionen Personen steigen. © IDF/diabinform

Eine US-Studie von 2017 zeigt: Pro Grad globaler Erwärmung könnten allein in den USA jährlich über 100'000 neue Diabetesfälle auftreten. Die Forschenden vermuten einen Zusammenhang mit dem Fettstoffwechsel, berichtet «Yale Climate Connections».

Diabetes kommt hauptsächlich in zwei Formen vor: Typ 1 und Typ 2. Während der Körper bei Typ 1 nicht genügend Insulin produziert, was schon im Kindesalter auffällt, entwickelt sich Typ 2 häufig erst im Alter. Der Körper kann Insulin dann zunehmend schlechter nutzen. Bei der Entwicklung des weit häufigeren Diabetes Typ 2 spielen Umwelteinflüsse eine der Hauptrollen. Die Erkrankung kann mild und sogar unbemerkt verlaufen, aber auch schwere Schäden verursachen. In jüngster Zeit tritt Typ 2 auch bei Kindern und Jugendlichen auf.

Warum Hitze für Diabetiker gefährlich ist

Hitzewellen belasten Menschen mit Diabetes besonders, weil ihre Wärmeregulierung eingeschränkt ist. Sie schwitzen weniger und haben eine schlechtere Hautdurchblutung. Dehydrierung und Kreislaufprobleme treffen diese Kranken stärker.

Viele Betroffene trinken zu wenig, weil das Durstgefühl im Alter nachlässt. Einige nehmen Medikamente, die die Körpertemperatur beeinflussen, etwa Beta-Blocker, Diuretika oder Antidepressiva. Medikamentendosierungen werden schwieriger. Der Blutzuckerspiegel schwankt stärker, Unter- und Überzucker treten häufiger auf.

Mehr Krankenhausaufenthalte durch Hitze

Das ist nicht nur belastend, sondern auch gefährlich. Eine Studie aus Kuwait, die Daten aus zwei aufeinanderfolgenden Jahren untersuchte, zeigte: An besonders heißen Tagen gab es 282 zusätzliche Diabetesbedingte Krankenhaufälle. Feinstaub könnte das Problem verstärken, indem er Gefässe schädigt und Entzündungen fördert, sagt der Hauptautor der im Fachmagazin BMJ publizierten Studie gegenüber «Yale Climate Connections».

Die Autoren einer chinesischen Untersuchung von 127'000 Diabetes-Todesfällen warnen: Unter einem ungünstigen Klimaszenario könnte sich ihre Zahl in China bis 2090 verachtfachen.

Die Gesundheitsversorgung muss sich anpassen

Besonders in weniger wohlhabenden Ländern sind die Folgen gravierend. Diabetes Typ 2 lässt sich durch gesündere Lebensweise vermeiden, lindern oder beseitigen. In der Praxis gelingt das vielen Betroffenen nicht. Die Diagnose bedeutet deshalb in der Regel, dass Erkrankte lebenslang Medikamente brauchen und mit ihrer Gesundheit achtsam umgehen müssen.

Wegen der Krankheit und ihren Nebenerscheinungen müssen die Betroffenen regelmässig ärztlich betreut werden, was die Gesundheitssysteme fordert und die Erkrankten oft vor finanzielle Probleme stellt. Einige Erkrankte, die auf körperliche Arbeit angewiesen sind, können nicht mehr arbeiten, vor allem bei Hitze.

Charles Leonard von der University of Pennsylvania, Hauptautor der oben erwähnten US-Studie, fordert politische Massnahmen: Frühwarnsysteme, mehr ärztliche Betreuung bei Hitzewellen, verstärkte Nutzung von Telemedizin.

Vulnerablen Personen wird geraten, sich bei Hitze in klimatisierten Räumen aufzuhalten, locker sitzende Kleidung zu tragen und viel zu trinken. Ärzte sollten Medikamentendosierungen regelmässig überprüfen.

«The Lancet» und «Nature» warnten in einer Serie schon 2021 vor den Gesundheitsrisiken von Hitze. Doch die Anpassung stockt. «Infosperber» berichtete 2021: Der Gebäude- und Städtebau hält mit der Erwärmung nicht Schritt. Altersheime brauchen Klimaanlage, Wohnhäuser und Städte müssen besser an Hitze angepasst werden.

Stille Resignation – warum die Masse innerlich längst gekündigt hat

30. März 2025



Die stille Resignation ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis von Jahren der Enttäuschung. Von Politik, die nicht mehr erklärt, sondern belehrt. Von Medien, die nicht mehr informieren, sondern framen.

Sie stehen morgens auf, gehen zur Arbeit, machen ihre Pflicht. Sie sprechen freundlich mit Nachbarn, lächeln in der Öffentlichkeit und klicken sich durch die Nachrichten, als wäre alles wie immer. Doch hinter den Fassaden tobt eine Leere, die niemand mehr anspricht. Der innere Ausstieg hat begonnen – leise, still, konsequent. Die Menschen haben nicht protestiert. Sie haben gekündigt. Nicht auf Papier, sondern in sich selbst.

Wer heute durch die Strassen geht, sieht eine Gesellschaft, die funktioniert. Doch das ist nur die Hülle. Im Inneren ist längst etwas zerbrochen. Die Hoffnung, dass es besser wird. Der Glaube, dass jemand zuhört. Die Überzeugung, dass das eigene Tun noch einen Unterschied macht. Es sind nicht die Lauten, die das System kippen. Es sind die Stillen. Die, die nicht mehr kämpfen, sondern sich entziehen. Die, die nicht schreien, sondern innerlich abwinken. Die, die nicht mehr glauben – weder an Politik, noch an Medien, noch an Institutionen.

Der Zustand der Republik lässt sich nicht mehr nur an Wahlbeteiligungen oder Umfragen messen. Man muss in die Augen schauen. In Wartezimmern, auf Bahnhöfen, in Kantinen. Die Sprache ist flacher geworden. Die Gespräche vorsichtiger. Der Blick gesenkter. Und dazwischen: Zynismus. Galgenhumor. Rückzug. Die Menschen wissen, dass vieles falsch läuft. Aber sie wissen auch: Wer etwas sagt, steht allein. Wer widerspricht, verliert. Also macht man weiter – äusserlich. Und stirbt – innerlich.

Diese stille Resignation ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis von Jahren der Enttäuschung. Von Politik, die nicht mehr erklärt, sondern belehrt. Von Medien, die nicht mehr informieren, sondern framen. Von Debatten, die keine sind, weil das Ergebnis schon vorher feststeht. Viele haben lange geglaubt, dass ihre Stimme

zählt. Dass ihr Einsatz etwas verändert. Heute glauben sie: Es ist egal. Und dieser Gedanke ist gefährlicher als jeder Wutanfall.

Denn wer sich aufregt, lebt. Wer diskutiert, glaubt noch an Wirkung. Doch wer sich abwendet, ist verloren. Und genau das geschieht gerade. Die Mittelschicht – Rückgrat jeder Gesellschaft – zieht sich zurück. Nicht radikal, sondern rational. Sie engagieren sich nicht mehr. Gründen keine Vereine. Melden sich nicht mehr zu Wort. Sie wissen: Wenn du dich einmischst, wirst du etikettiert. Also bleiben sie weg. Und mit ihnen verschwindet alles, was eine Demokratie trägt: Vertrauen, Beteiligung, Verantwortung.

Der Staat bemerkt diesen Rückzug nicht. Oder schlimmer: Er tut so, als sei alles in Ordnung. Man misst Wohlstand am Bruttoinlandsprodukt, Fortschritt an Gesetzesreformen und Zusammenhalt an Hashtags. Doch das wahre Barometer ist die Seele des Landes – und dort ist es still geworden. Die innere Kündigung ist der Anfang vom Ende. Nicht mit Knall und Chaos. Sondern mit Gleichgültigkeit und Desinteresse.

(Gefunden auf black-ops-coffee.com)

Quelle: <https://www.pi-news.net/2025/03/stille-resignation-warum-die-masse-innerlich-laengst-gekuendigt-hat/>

Bill Gates: «Der Mensch wird bald nicht mehr gebraucht – KI übernimmt alles»

uncut-news.ch, März 28, 2025



depositphotos.com

Im Gespräch mit Jimmy Fallon in der «Tonight Show» auf NBC sprach Microsoft-Gründer Bill Gates über nichts Geringeres als das Ende menschlicher Relevanz – zumindest in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Die Fortschritte der künstlichen Intelligenz seien so gewaltig, dass wir Menschen «für die meisten Dinge» bald überflüssig würden, erklärte Gates.

KI ersetzt Fachwissen – kostenlos und jederzeit verfügbar

Noch sei menschliche Expertise rar – man verlasse sich auf «grossartige Ärzte» oder «grossartige Lehrer». Doch damit sei bald Schluss. Innerhalb des nächsten Jahrzehnts, so Gates, werde dank KI exzellenter medizinischer Rat oder Unterricht nicht nur kostenlos, sondern auch allgegenwärtig sein.

In einem früheren Interview mit dem Harvard-Professor Arthur Brooks sprach Gates bereits von einer Ära der «freien Intelligenz». Die Folgen: KI-gestützte Technologien würden jeden Lebensbereich berühren – von präziseren Diagnosen über bessere Medikamente bis hin zu individuellen Tutoren und digitalen Assistenten. «Es ist tiefgreifend und auch ein wenig beängstigend – denn es passiert sehr schnell und kennt keine Grenzen», so Gates.

Wird der Mensch ersetzt – oder aufgewertet?

Ob KI uns hilft oder verdrängt, darüber streiten die Experten. Einige glauben, dass künstliche Intelligenz menschliche Fähigkeiten ergänzen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln könne. Doch andere, wie Microsoft AI-Chef Mustafa Suleyman, warnen: Der technologische Wandel werde schon bald fast alle Branchen und Arbeitsplätze radikal verändern – und das in einer «enorm destabilisierenden» Weise.

Suleyman schreibt in seinem Buch *The Coming Wave* (2023): «Diese Werkzeuge erweitern unsere Intelligenz nur vorübergehend. Am Ende ersetzen sie menschliche Arbeit.»

Chance oder Gefahr? Gates bleibt optimistisch – mit Einschränkungen

Trotz aller Risiken glaubt Gates weiterhin an den positiven Wandel durch KI. Er sieht Potenzial für «bahnbrechende Behandlungen tödlicher Krankheiten, innovative Klimaschutzlösungen und hochwertige Bildung für alle».

Zugleich bleibt Gates realistisch: Manche Berufe – etwa Baseballspieler – würden wohl nie von Maschinen übernommen. Doch für die Herstellung, Bewegung und den Anbau von Gütern sei die vollständige Automatisierung nur eine Frage der Zeit.

KI-Fehler, Fake News und unendliche Möglichkeiten

In seinem Blogpost von 2023 wies Gates auch auf berechtigte Sorgen hin: KI-Systeme seien fehleranfällig und könnten zur Verbreitung von Falschinformationen beitragen. Trotzdem würde Gates heute, wenn er neu anfangen müsste, ein KI-zentriertes Unternehmen gründen, wie er CNBC im September 2024 sagte. «Man kann heute mit ein paar Ideenskizzen Milliarden für ein KI-Startup bekommen», so Gates. Und an junge Entwickler bei Microsoft oder OpenAI richtete er einen Appell: «Das hier ist eure Chance – geht bis an die Grenze.»

Schon 2017 sah Gates, was kommt

Schon vor Jahren hatte Gates die KI-Revolution vorausgesehen. 2017 erklärte er auf einem Panel mit Warren Buffett, dass er heute in den Bereich künstliche Intelligenz investieren würde. Die Entwicklung eines Programms durch DeepMind, das im Strategiespiel Go die besten Menschen besiegte, sei ein «tiefgreifender Meilenstein» gewesen.

Als Gates 2023 OpenAI bat, ein Modell zu entwickeln, das bei einer US-Biologieprüfung Bestnoten erzielen könne, rechnete er mit zwei bis drei Jahren Entwicklungszeit. Doch OpenAI lieferte das Ergebnis in wenigen Monaten – was Gates als «wichtigsten technologischen Durchbruch seit der grafischen Benutzeroberfläche der 1980er-Jahre» bezeichnete.

Quelle: Bill Gates: Within 10 years, AI will replace many doctors and teachers—humans won't be needed 'for most things'

Quelle: <https://uncutnews.ch/bill-gates-der-mensch-wird-bald-nicht-mehr-gebraucht-ki-uebernimmt-alles/>

«LA Times»-Eigner und Biotech-Milliardär: mRNA-Injektionen könnten eine noch nie dagewesene Epidemie erschreckend aggressiver Krebse auslösen. Davor warnt Patrick Soon-Shiong im Interview mit Tucker Carlson. Gerade ursprünglich extrem seltene Krebserkrankungen wie Bauchspeicheldrüsentumore bei Kindern würden zuletzt immer häufiger auftreten. Zu seiner These, dass dabei auch Viren eine Rolle spielen, gibt es allerdings gewichtige Gegenargumente.

30. März 2025 von TE

Dass die Corona-Injektionen der Ausbildung von Krebs Vorschub leisten dürften, darauf hat zum Beispiel Angus Dalgleish, Professor für Onkologie an der St. George's University of London, Anfang 2022 im Interview mit Transition TV hingewiesen. «Die Hinweise darauf kann man nicht ignorieren», zeigte sich Dalgleish überzeugt. Diesbezügliche Warnungen seien sogar noch angebrachter als seinerzeit diejenigen vor Contergan. Jetzt hat Patrick Soon-Shiong, Eigner der «Los Angeles Times» und zugleich Transplantationschirurg, der zum Biotech-Milliardär wurde und für die Erfindung des Krebsmedikaments Abraxane bekannt ist, in einem ausführlichen Interview mit Tucker Carlson eine erschreckende Warnung ausgesprochen. Zero Hedge schreibt dazu:

«Soon-Shiong, Gründer von ImmunityBio (\$IBRX) ..., behauptet, dass die Covid-19-Pandemie und die Impfstoffe, die zu ihrer Bekämpfung entwickelt wurden, zu einem weltweiten Anstieg von «erschreckend aggressiven» Krebsarten beitragen könnten.

In dem fast zweistündigen Gespräch nutzte der Eigentümer der Los Angeles Times seine jahrzehntelange klinische und wissenschaftliche Erfahrung, um darzulegen, warum er eine noch nie dagewesene Krebssepidemie vermutet.»

In dem Interview äussert er sich vor diesem Hintergrund sehr besorgt über die zunehmenden Krebsfälle, insbesondere bei jüngeren Menschen, die er als «nicht-infektiöse Pandemie» bezeichnet. Seiner Auffassung nach seien in 50 Jahren medizinischer Praxis Krebserkrankungen wie Bauchspeicheldrüsentumore bei Kindern oder jungen Erwachsenen ausserordentlich selten vorgekommen. Doch in letzter Zeit seien solche Fälle immer häufiger aufgetreten.

So sei er alarmiert gewesen, als er einen 13-Jährigen mit metastasierendem Bauchspeicheldrüsenkrebs gesehen habe – ein Szenario, das in seiner bisherigen Erfahrung praktisch unbekannt gewesen sei. Zuvor habe er «noch nie Bauchspeicheldrüsenkrebs bei Kindern gesehen». Auch von Kindern unter 11 Jahren mit Dickdarmkrebs und einem ungewöhnlichen Anstieg aggressiver Krankheiten wie Eierstockkrebs bei Frauen in ihren 30ern zeigte sich der 72-Jährige überrascht. Diese persönlichen Beobachtungen häufigerer, ag-

gressiverer Krebserkrankungen bei Jugendlichen hätten ihn zu der Frage veranlasst, was sich in den vergangenen Jahren geändert haben könnte.

Und laut Soon-Shiong ist die «Covid-Ära» die offensichtliche Veränderung. Dabei vermutet er, dass sowohl die Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus als auch die weit verbreiteten Impfkampagnen die Hauptursachen für diesen Krebsanstieg sein könnten. Soon-Shiong:

«Ich weiss nicht, wie ich das sagen soll, ohne es zu sagen. Es jagt mir eine Heidenangst ein, denn ich glaube nicht, dass es jetzt um Viren gegen Menschen geht, sondern um etwas Existenzielles. Wenn ich von der grössten nicht-infektiösen Pandemie spreche, vor der wir uns fürchten, dann ist es diese.»

Soon-Shiong löst sich allerdings nicht vom Virus-Dogma zu Covid. Denn er betrachtet Krebserkrankungen aus der «Corona-Zeit» als potenziell durch Viren ausgelöst oder verschlimmert. In dem Interview beschreibt er Fälle von «viral induzierten Krebserkrankungen» in Kliniken während der Pandemie. Nach seiner Auffassung verursacht die Covid-Infektion eine massive Entzündungsreaktion – und es sei bekannt, dass einige Krebsarten die Entzündung ausnutzen, um zu wachsen.

Turcker Carlson fragt ihn: *«Viele Leute haben sowohl Covid, das Virus, als auch die mRNA-Covid-Impfstoffe als mögliche Ursachen genannt. Glauben Sie, dass es einen Zusammenhang gibt?»*

Und Soon-Shiong antwortet: *«Das kann ich am besten beantworten, wenn ich mir die Geschichte anschau. Was wir über viral bedingte Krebserkrankungen wissen, ist allgemein bekannt. Wir wissen, dass man Leberkrebs bekommt, wenn man Hepatitis hat. Hepatitis ist eine Virusinfektion. Wir wissen, dass man Gebärmutterhalskrebs bekommt, wenn man das humane Papillomavirus, kurz HPV, hat.»*

Wir wüssten, dass bestimmte Viren direkt Krebs verursachen, etwa das HP- und das Epstein-Barr-Virus. Es sei also nicht ungewöhnlich, dass ein Virus bei der Onkogenese eine Rolle spielt. SARS-CoV-2 sei zwar kein bekanntes Onkovirus, doch Soon-Shiong befürchtet, dass seine indirekten Auswirkungen – chronische Entzündungen, Erschöpfung des Immunsystems oder der «Suppressorzellen», die nach einer Infektion/Impfung entstehen – die Tumorentwicklung beschleunigen könnten.

Kritiker von derlei Thesen wenden zum Beispiel ein, dass Viren wie SARS-CoV-2 nicht einmal solide nachgewiesen worden seien. So hatten kürzlich auch die «Ärzte für Aufklärung» das Thema «fehlender Virusnachweis» aufgegriffen. Sogar der Kary Mullis, der 1993 für die Erfindung der PCR den Nobelpreis bekam, konstatierte in Bezug auf HIV: «Niemand hat HIV vollständig gereinigt – es gibt nur Zelllinien, bei denen man glaubt, dass HIV darin wächst».

Was HPV angeht, so halten Experten wie der Wiener Gynäkologe Christian Fiala «die Virus-Hypothese zum Gebärmutterhalskrebs für vollkommen absurd».

Des weiteren wird vorgetragen, dass es keinen Nachweis gibt für eine Infektion mit Viren wie SARS-CoV-2, sondern nur zweifelhafte, um nicht zu sagen wertlose Ergebnisse von PCR- oder Antikörper-Tests.

Quelle: Zero Hedge: «This Is Existential»: Billionaire Cancer Researcher Says Covid & Vaccine Likely Causing Surge In Aggressive Cancers - 28. März 2025

X-Account von Tucker Carlson: Dr. Patrick Soon-Shiong says that Covid, and the vaccines that didn't stop it, are likely causing a global epidemic of terrifyingly aggressive cancers. - 28. März 2025

Quelle: <https://transition-news.org/la-times-eigner-und-biotech-milliardar-mrna-injektionen-konnten-eine-noch-nie>

Psychopathen und Vertreter der Kapitalinteressen stürzen die Bevölkerungen ins Unglück.

Wolfgang Bittner: Die EU plant den Krieg gegen Russland

Wolfgang Bittner, Sa 29 März 2025



Ursula von der Leyen – die ungewählte Kriegsherrin schmückt sich mit Uniformträgern

Während die Wirtschaft der Exportnation Deutschland ruiniert wird, hat der Deutsche Bundestag in seiner letzten Plenarsitzung vor Ablauf der Wahlperiode der Bevölkerung eine ungeheure Schuldenlast, aufgebürdet.[1] Am 18. März 2025 beschloss das Parlament nach einer kontroversen Debatte eine Änderung des Grundgesetzes und die Bewilligung einer Kreditaufnahme von etwa einer Billion Euro, verschlüsselt als «Sondervermögen» und «Aussetzung der Schuldenbremse».

Beispiellose Hochrüstung

Dazu bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit, die es im neuen Bundestag nicht mehr gegeben hätte. Die Eile, mit der sich die Befürworter dieser «Kriegskredite» innerhalb weniger Tage verständigten, kann als böses Omen für die Zukunft gelten. Beschlossen wurde ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Investitionen in die marode Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045.[2] Dafür musste das Grundgesetz geändert werden.[3]

Angeblich ist diese astronomische Summe vor allem für das Verkehrs- und Energienetz, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Digitalisierung sowie den Ausbau und den Betrieb von Schulen und Kindergärten vorgesehen. Dass aber auch die Strassen und Brücken von West nach Ost «panzerfest» für die Durchleitung von schwerem Militärgut gemacht werden sollen,[4] wird verschwiegen.

Des weiteren wurde beschlossen, dass die Militärausgaben nicht mehr von der zuvor im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse begrenzt werden,[5] die vorsah, dass im Haushalt der Bundesrepublik Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich ohne Kreditaufnahmen auszugleichen seien. Künftig werden also unbegrenzte Ausgaben für die Vorbereitung auf einen Krieg möglich sein. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, denn die Bevölkerung wird das bezahlen müssen; inzwischen ist von über 500 Milliarden Euro die Rede.[6] Aber wenn man auf der Strasse jemanden fragt, bekommt man zur Antwort: «Es wird wohl nötig sein, die Russen wollen uns ja angreifen.» Kriegsgeschrei allerorten, es ist zum Weinen.

Der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz, der im Wahlkampf versprochen hatte, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werde und nun sein Versprechen brach, hielt vor der Abstimmung eine bösartige antirussische Rede in der er faktenwidrig behauptete, Russland führe bereits Krieg gegen Deutschland: «Es ist ein Krieg gegen unser Land, der täglich stattfindet, mit Angriffen auf unsere Datenetze, mit der Zerstörung von Versorgungsleitungen, mit Brandanschlägen, mit Auftragsmorden...»[7] Der Noch-Verteidigungsminister Boris Pistorius, bekannt für seine kriegstreiberischen Ausfälle, warnte: «Wir dürfen keine Zeit verlieren... Wer heute zaudert, wer sich heute nicht traut,... der verleugnet die Realität.»[8] Nur wenig Beifall erhielt die Ko-Vorsitzende des BSW Sahra Wagenknecht, die den Befürwortern der «Kriegskredite» vorhielt: «Früher war die Bundesrepublik ein wirtschaftspolitischer Riese, der sich aussenpolitisch zurückhielt und deshalb internationales Ansehen genoss. Heute ist Deutschland auf dem Weg zum wirtschaftlichen Zwerg, und die dafür verantwortlichen Politiker kompensieren ihre Unfähigkeit durch aussenpolitische Grossmannssucht und beispiellose Hochrüstung.»[9] 512 Abgeordnete von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen stimmten für das Schuldenpaket, 206 der übrigen Parteien dagegen.

Ein konstruiertes Bedrohungsszenarium

Dass für das Militär diese wahnwitzigen Milliardenbeträge bereitgestellt werden, wird immer wieder mit angeblichen imperialistischen Zielen Russlands begründet. Unterstellt wird, die baltischen Staaten und Polen seien bedroht und im Übrigen ganz Westeuropa.[10] Russland bereite sich nach seinem «brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine» darauf vor, die NATO anzugreifen. An vorderster Front stehen neben Friedrich Merz und Lars Klingbeil Politiker wie Johann Wadephul (CDU), Roderich Kiesewetter (CDU), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) oder Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), aber auch andere in den USA im «Yale World Fellows Program» als globale Führungskraft geschulte Politiker wie zum Beispiel die russophobe litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė, die gebetsmühlenartig vor der Gefahr einer russischen Invasion warnt.[11]

Für diese Behauptungen gibt es keinerlei Beweise. Es handelt sich um reine Propaganda, mit der ein Bedrohungsszenarium konstruiert wird, unterstützt mit Aussagen von sogenannten Experten und ideologisch voreingenommenen Wissenschaftlern, die in den Nachrichtensendungen und Talkshows das grosse Wort führen.

Der Krieg soll bis zum letzten Ukrainer fortgesetzt werden, um Russland weiter zu schwächen. Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl hat die Bedrohungslüge am 8. März 2025 nochmals bekräftigt: «Ein frühes Kriegsende in der Ukraine befähigt die Russen, ihre Energie dort einzusetzen, wo sie sie eigentlich haben wollen, nämlich gegen Europa»[12] Die Hetze nimmt kein Ende.

Es ist eindeutig, Deutschland soll von gewissenlosen Politikern und von Militärs auf einen Krieg vorbereitet werden. 2023 wurde ein «Operationsplan Deutschland» erstellt, dessen Einführung lautet: «Nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine und der Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers ist in der Bundeswehr die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Fokus gerückt. Die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten, ihre Ausrüstung und das Mindset ändern sich. Doch wie wird die militärische Verteidigung Deutschlands als Teil der Gesamtverteidigung unseres Landes organisiert?»[13]

Bereits hier wird unterstellt, dass ein «völkerrechtswidriger Überfall» Russlands auf die Ukraine stattgefunden hat, ohne die näheren Umstände zu berücksichtigen. Das ist kurz nachzuholen.

Die UN-Charta gewährt ein Recht zur Selbstverteidigung

Russland hatte sich bei seinem Vorgehen auf die Charta der Vereinten Nationen berufen, in deren Artikel 51 es heisst: «Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat. Massnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Massnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.»

Die UN-Charta gewährt also im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht zur Selbstverteidigung in Form von Notwehr und Nothilfe, und Russland berief sich bei seinem Einmarsch am 24. Februar 2022 auf Nothilfe (kollektive Selbstverteidigung) nach einer Grossoffensive der Kiewer Ukraine gegen die Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die sich nach dem Putsch von 2014 abgespalten hatten. Der UN-Sicherheitsrat wurde dementsprechend informiert, wie es Artikel 51 der Charta verlangt.[14]

Zu den Gründen seines Vorgehens hatte sich Wladimir Putin in einer Rede an die Nation gewandt und diese Rede zusammen mit der Anzeige über den Militäreinsatz an die Vereinten Nationen gegeben. Doch die UN-Vollversammlung missbilligte den Einmarsch am 2. März 2022 aufs Schärfste und beschloss mit fünf Gegenstimmen (Belarus, Eritrea, Nord-Korea, Russland, Syrien), dass Russland seine Kampfhandlungen beenden und sich aus der Ukraine zurückziehen müsse.[15]

Es kann davon ausgegangen werden, dass auf der UN-Vollversammlung, auf der regelmässig die USA und ihre Vasallen dominierten, nicht sämtliche Fakten und die Entwicklung in der Ukraine berücksichtigt wurden. Ausserdem ist es den Vereinten Nationen selbst nicht gelungen, ihre Charta gegen NATO-Staaten durchzusetzen, die mehrfach eklatant dagegen verstossen haben. Dazu nahm Wladimir Putin dann am 7. September 2022 auf einer Plenartagung des Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok kritisch Stellung.[16]

Die USA haben Feuer vor der Haustür Russlands gelegt

Von ausschlaggebender Bedeutung im Ukraine-Konflikt ist, dass die Oblasten Donezk und Luhansk ursprünglich lediglich mehr Autonomie forderten und in der Ukraine verbleiben wollten. Doch der damalige Präsident Petro Poroschenko, eine Marionette der USA unter Biden, schickte Panzer und Artillerie in den Donbass, wollte also einen innerstaatlichen Konflikt mit militärischen Mitteln lösen. Im folgenden Bürgerkrieg wurden die Volksrepubliken von Russland unterstützt, während die Kiewer Ukraine unter bewusstem Bruch der Minsker Friedensvereinbarungen für den Stellvertreterkrieg gegen Russland massiv aufgerüstet wurde. Man hatte Russland belogen.

Ab Mitte Februar 2022 kulminierte der Bürgerkrieg, und es drohte ein Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung im Osten der Ukraine, wo bis Anfang 2021 bereits mehr als 13'000 Menschen getötet,[17] etwa eine Million in die Flucht getrieben und Städte und Dörfer zerstört worden waren. Neben der Bedrohung des eigenen Landes war demnach ein Einschreiten aus der Sicht Russlands geboten.

Aber die Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Konnte sich Russland bei seinem Einmarsch in die Ukraine tatsächlich auf Artikel 51 der UN-Charta berufen? Das ist – liest man den Artikel 51 genau – nicht der Fall. Zwar ist Russland als Mitglied der Vereinten Nationen zur unmittelbaren Selbstverteidigung in Form der Notwehr berechtigt, doch im Februar 2022 hatte kein militärischer Angriff auf das russische Territorium stattgefunden (der Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Luhansk zur russischen Föderation erfolgte erst später). Selbstverteidigung in Form der Notwehr kam also nicht infrage, aber auch nicht Nothilfe, weil die beiden Volksrepubliken keine Mitglieder der Vereinten Nationen waren.

Allerdings hatten die USA unter Benutzung der Kiewer Ukraine Feuer vor der Haustür Russlands gelegt und die ukrainische Armee mit modernsten Waffen ausgerüstet. Ausserdem hatte Selensky damit gedroht, sich Atomwaffen zu beschaffen,[18] und die USA hatten Russlands berechtigte Forderung nach Sicherheitsgarantien abgelehnt. Die Frage, auf die letztlich alles hinausläuft, ist, ob ein Land einer unmittelbar drohenden Gefahr militärisch begegnen darf, obwohl es noch nicht militärisch angegriffen wurde. Vereinfacht ausgedrückt: Darf jemand mit Gewalt gegen einen Verbrecher vorgehen, der an seiner Tür rüttelt?

Die Kiewer Regierung ging derzeit in unmenschlicher Weise mit Artillerie und Panzern gegen die Zivilbevölkerung in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk vor und brachte Tausende Menschen um, was den Tatbestand des Völkermords (Genozid) erfüllt. Das ist eindeutig, Paragraph 6 des Völkerstrafgesetzbuches lautet: «Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, ein Mitglied der Gruppe tötet, einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt, die Gruppe

unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ... wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.»[19]

Russlands Schutzverantwortung (RtoP) und die Verhinderung des Istanbul Vertrags

Unter Berücksichtigung dieses Tatbestandes wäre zu prüfen gewesen, ob sich Russland bei seiner Intervention auf seine Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, kurz RtoP)[20] für die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine berufen konnte, ein völkerrechtlich allgemein anerkanntes Gebot zur Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen.[21] Stattdessen wurde die verlogene völkerrechtswidrige Aggressions- und Sanktionspolitik, die von den US-Regierungen unter Obama und Biden gegen Russland eingeleitet worden war, auf die Spitze getrieben und von den westlichen Politikern und ihren Systemmedien zum Schaden ihrer Länder propagandistisch befeuert.

Beinahe wäre es kurz nach dem russischen Einmarsch zu einem Waffenstillstand gekommen. Ein von der ukrainischen Delegation am 29. März 2022 in Istanbul vorgelegtes Kommuniqué enthielt die Formulierung: «Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem neutralen Staat und verspricht, blockfrei zu bleiben ... und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente aufzunehmen.»[22] Im Gegenzug sagten die Russen zu, sich aus den eroberten Gebieten zurückzuziehen.[23]

Diese Vereinbarungen, die zu einem Friedensschluss geführt hätten, wurden von dem britischen Premier Boris Johnson verhindert, weil Russland weiter geschwächt werden sollte. Im Einvernehmen mit Joseph Biden war Johnson am 9. April 2022 nach Kiew gereist und hatte Selensky mit falschen Versprechungen überzeugt, die Kiewer Ukraine könne den Krieg gegen Russland mithilfe der NATO-Staaten gewinnen.[24] Daraufhin verweigerte Selensky die Unterzeichnung des Friedensabkommens, was Hundertausenden Soldaten auf beiden Seiten das Leben kostete, abgesehen von zerstörten Lebensräumen und verpulverten Milliarden. Dafür verantwortlich waren neben kriegseifernden Politikern gewissenlose US-affine Journalisten. So viel zu den Fakten, die der Ukraine-Krise und dem Vorgehen der westlichen Allianz gegen Russland zugrunde zu legen sind. Aber trotz allem soll es spätestens 2029 bzw. 2030 Krieg geben, wie unter anderem Ursula von der Leyen und Boris Pistorius bekannt gegeben haben. Die Bundeswehr soll sich darauf vorbereiten, und es ist nur zu hoffen, dass diese sich verbreitende selbstmörderische Kriegseuphorie, die an 1914 erinnert, so bald wie möglich einer Ernüchterung weicht. Soweit ist es aber noch nicht.

Operationsplan Deutschland

Im Gegensatz zu den Friedensbemühungen von Donald Trump und Wladimir Putin ruft Brüssel nach wie vor lautstark nach Krieg,[25] und die Deutschen stehen schon bereit für den Endsieg über Russland. In einem von Militärs, Ministerialbeamten und Geheimdiensten im Januar 2025 herausgegebenen «Grünbuch ZMZ 4.0» finden sich Situationsbeschreibungen und Handlungsanleitungen für die «zivil-militärische Zusammenarbeit im militärischen Krisenfall», mit anderen Worten: im Krieg.[26]

Es ist zutiefst verstörend, schon im Vorwort wird auf eine «verstärkte sicherheitspolitische Bedrohung durch Russland» hingewiesen, nachdem sich die «sicherheitspolitische Strategie einer Pazifizierung Russlands durch enge wirtschaftlich Verflechtungen» als Fehler erwiesen habe. Hier wird also mit einer unglaublichen Überheblichkeit die Tatsache, dass der Kollektive Westen mit seiner Strategie der Eskalation, Destabilisierung und Militarisierung der Aggressor ist, von vornherein auf den Kopf gestellt. Es hat den Anschein, als glaubten die Verfasser dieser Schrift das, was sie der Öffentlichkeit präsentieren – und das ist das grosse Problem, denn sie dürften, ebenso wie inzwischen die grosse Mehrheit der Bevölkerung, Argumenten nicht zugänglich sein.

Zu dieser Kriegsrhetorik passt eine mehr als 40 Seiten lange «Kaltstart-Akte» der Bundeswehr,[27] mit der Soldatinnen und Soldaten aufgerufen werden, für ihren eventuellen Tod vorzusorgen. «Kaltstartfähigkeit» bedeutet, nach einer plötzlichen Alarmierung reaktionsschnell «und unbelastet durch offene Fragen» verlegbar und einsatzfähig zu sein. «Versetzen Sie sich in folgende Lage», heisst es da. «Ein Angriff einer feindlich gesinnten Streitkraft auf einen Bündnispartner steht unmittelbar bevor. Sie stellen sich darauf ein, sich innerhalb von 48 Stunden bei Ihrem 600 Kilometer entfernten Truppenteil im Bereitstellungsraum zu melden.»

Um in einer solchen Situation «unbelastet» in den Kriegseinsatz gehen zu können, aus dem man möglicherweise nicht zurückkehrt, sollten vorab einige wichtige Fragen geklärt werden, wofür es Checklisten gibt: Liegt ein Testament vor? An wen können sich die Angehörigen wenden, wenn man im Einsatz ist? Was muss finanziell geregelt sein? Wer hat Zugriff auf die persönlichen digitalen Konten und Netzwerke? Was wird aus den Kindern, dem Hund oder den pflegebedürftigen Eltern?

Die Kriegseuphorie nimmt ungeahnte Ausmasse an, und der Krieg rückt immer näher. Der Verteidigungsminister möchte, dass die Deutschen «kriegstüchtig» werden,[28] und zwar bis 2029, weil Russland dann nach seiner Meinung Westeuropa angreifen wird. Also wäre vieles noch zu regeln, am besten zeitnah. Aber die deutsche Bevölkerung demonstriert für mehr Klimaschutz, höhere Löhne, gegen die AFD und für Demokratie zusammen mit Politikern, die sie gerade abschaffen. Wer weiss, vielleicht finden ja die Kinder, der

Hund und die pflegebedürftigen Eltern im Fall der Fälle Unterschlupf in einem der Luftschutzbunker, für deren flächendeckenden Bau sich die Aussenministerin einsetzt.

Joseph Biden wollte Krieg

Es drängt sich wieder einmal die Frage auf, ob wir jetzt vom realen Wahnsinn oder vielmehr den entfesselten Kapitalinteressen vereinnahmt sind. Könnte Russland denn wirklich beabsichtigen, Deutschland und Westeuropa anzugreifen. Und welchen Sinn sollte das haben? Was könnte Russland in Westeuropa wollen? Es gibt weder Rohstoffe noch gäbe es strategische Vorteile. Was aber will die westliche Allianz? Da ging es seit Langem schon darum, Russland zuerst zu ruinieren und dann wirtschaftlich und strategisch zu vereinnahmen.

Joseph Biden, der sämtliche Konflikte und Kriege der letzten Jahrzehnte mit zu verantworten hatte, prahlte am 2. Oktober 2014 in einer Rede an der Harvard Kennedy School in Cambridge/Massachusetts: «Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine, oder Sie werden sich zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die grössten entwickelten Staaten der Welt dazu zu bringen, Russland echte Kosten aufzuerlegen. Es ist wahr, dass sie [die EU] das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat, ja, Europa des Öfteren in Verlegenheit bringen musste, um es dazu zu zwingen, sich aufzuraffen und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Kosten [für Russland] verursachen zu können. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.»[29]

Seit der Übernahme der Präsidentschaft 2021 forcierte Biden diese verlogene, menschenverachtende Vorgehensweise, indem er den inszenierten Bürgerkrieg in der Ostukraine anheizte. Paradox und zugleich tragisch ist, dass die Staaten der Europäischen Union die Aggressions- und Sanktionspolitik, die ihnen von den US-Regierungen unter Obama und Biden aufgezwungen worden ist,[30] in eigener Regie fortführen wollen, nachdem sich Präsident Donald Trump um Frieden und Verständigung mit Russland bemüht.

Russland soll unbedingt besiegt werden, wie von den deutschen Bellizisten zu hören ist, die weiter den Vorgaben der US-Neocons folgen. Denn angeblich beabsichtigt Russland, falls es die Ukraine vereinnahmt, die baltischen Staaten, Polen und danach Deutschland und ganz Westeuropa anzugreifen, wofür es jedoch keinerlei Beweise gibt. Derzeit konkurrieren Great Britain und die Grand Nation um die Führungsrolle in Europa, solange Friedrich Merz, noch nicht regierungsfähig ist. Aber Russland kann nicht besiegt werden. Das ist überhaupt nicht möglich, weil Russland eine Atommacht ist. Ginge es um seine Existenz, würde es Atomwaffen einsetzen. Und das wäre das Ende der gegenwärtigen Zivilisation.

Russland will Verständigung und Frieden

Russland wollte Frieden und Ruhe für den weiteren Aufbau des Landes, wie Präsident Wladimir Putin bereits 2001 in seiner denkwürdigen Rede im Deutschen Bundestag erklärt hat. Ebenso wie Gorbatschows Vision von einem «gemeinsamen europäischen Haus», wurde Putins Angebot einer Kooperation und eines Wirtschaftsraums von Wladiwostok bis Lissabon von den USA verhindert. Auch später, bis in die Gegenwart, hat Putin mehrmals erklärt, Russland werde sich zwar verteidigen, aber niemanden angreifen.

In einem Interview mit dem US-Sender CBS, das bei YouTube inzwischen gelöscht wurde, sagte Putin am 29. September 2015: «Bei uns gibt es keine Obsession, dass Russland eine Supermacht sein muss.» Und Ende März 2024 widersprach Wladimir Putin nochmals mit deutlichen Worten Spekulationen, Russland wolle europäische Länder angreifen. Das sei «völliger Unsinn», sie «machen ihrer Bevölkerung Angst vor einer möglichen «russischen Bedrohung», während sie selbst ihr Diktat in der ganzen Welt verbreiten.» Die Bevölkerung werde verängstigt, «um Geld aus ihr herauszuholen» und die eigene schlechte Wirtschaft zu verschleiern.[31]

Auch in seinem Interview mit dem US-Journalisten Tucker Carlson am 9. Februar 2024 betonte Putin: «Wir werden niemanden angreifen.» Und zum Einmarsch in die Ukraine erklärte er: «Wann haben die Entwicklungen in der Ukraine begonnen? Seit dem Staatsstreich und dem Beginn der Feindseligkeiten im Donbass, da haben sie angefangen. Und wir schützen unser Volk, uns selbst, unser Heimatland und unsere Zukunft.» [32]

Diese Stellungnahmen finden kein Gehör, weil sie nicht in die Kriegsvorbereitungen passen. Nachdem der Deutsche Bundestag am 18. März 2025 das wahnwitzige Schuldenpaket beschlossen hat, steht jetzt der deutschen Bevölkerung – abgesehen von einer akuten Kriegsgefahr – ein gewaltiger Aderlass bevor. Dagegen werden die USA und Russland aller Voraussicht nach gute Geschäfte machen, während EU-Europa, insbesondere Grossbritannien und Deutschland, weiter Kriegsrhetorik betreiben und immer mehr ins Abseits geraten werden. Es sieht danach aus, dass die Psychopathen und Einflusspersonen des grossen Kapitals, die zurzeit regieren, ihre Bevölkerungen wirklich ins Unglück stürzen. Zu hoffen ist, dass die belogenen und betrogenen Menschen noch rechtzeitig zur Besinnung kommen.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner ist Autor zahlreicher Bücher, u.a. «Die Eroberung Europas durch die USA» und «Deutschland – Verraten und verkauft». Kürzlich ist im Verlag zeitgeist sein Buch «Niemand soll hungern, ohne zu frieren» erschienen.

Quellen und Hinweise:

- [1] Vgl. www.tagesschau.de/eilmeldung/bundestag-finanzipaket-100.html
- [2] Vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/finanzipaket-grundgesetz-aenderungen-100.html
- [3] Neu ins Grundgesetz aufgenommen wurde der Artikel 143h.
- [4] Vgl. <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/militaerische-mobilitaet>
- [5] Vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/finanzipaket-grundgesetz-aenderungen-100.html
- [6] Vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/aufreuestung-verteidigungsbedarf-wohl-ueber-500-milliarden-euro-110334983.html
- [7] Vgl. www.youtube.com/watch?v=i2xjcR3dPd8 (20.3.2025)
- [8] Vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-boris-pistorius-2338178
- [9] Vgl. www.youtube.com/watch?v=UxMJ8e9e91w (20.3.2025)
- [10] Vgl. www.deutschlandfunk.de/russland-nato-kriegsgefahr-100.html
- [11] Vgl. www.spiegel.de/politik/ausland/litauen-praesidentin-dalia-grybauskaite-im-interview-a-1212292.html
- [12] <https://rtde.org/europa/239158-ukrainische-ex-ministerpraesidentin-timoschenko-empoert/>
- [13] www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/aktuelles/operationsplan-deutschland-5703688
- [14] Vgl. hierzu Wolfgang Bittner: Ausnahmezustand, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2024, S. 97 ff.
- [15] Vgl. Resolution ES-11/1 der UN-Generalversammlung, 18.3.2022; www.un.org/depts/german/gv-notsondert/a-es11-1.pdf
- [16] Zit. wie Unser Mitteleuropa, 9.9.2022; <https://unser-mittleuropa.com/putin-mit-rede-und-antwort-am-eastern-economic-forum-in-wladiwostok/>
- [17] Vgl. ARD Tagesschau, 14.4.2021; www.tagesschau.de/ausland/europa/krieg-ukraine-101.html
- [18] Vgl. Berliner Zeitung, 21.2.2022; www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/selenskyj-sagt-zwischen-den-zeilen-allen-anderen-f-you-li-212916
- [19] Völkerstrafgesetzbuch in der Fassung vom 26.6.2022; www.gesetze-im-internet.de/vstgb/VStGB.pdf
- [20] Dazu: Andreas von Arnould: Völkerrecht. Heidelberg 2016, S. 134
- [21] RtoP ist allerdings eine problematische Doktrin, die ursprünglich von den USA und der NATO ins Völkerrecht eingebracht wurde, um den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen.
- [22] Zit. wie <https://globalbridge.ch/der-westen-wollte-den-langen-krieg-und-verhinderte-eine-verhandlungsloesung/>
- [23] Vgl. www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukraine-haetten-die-istanbul-verhandlungen-den-krieg-beenden-koennen-li-2206712
- [24] Vgl. www.n-tv.de/politik/Johnson-zu-Uberraschungsbesuch-in-Kiew-article23406646.html
- [25] Vgl. www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-aufreuestung-102.html
- [26] https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2025/03/250306_Gruenbuch_ZMZ_digital.pdf. Dazu: www.infosperber.ch/politik/wie-sich-deutschland-auf-einen-krieg-vorbereitet/ mit einem Hinweis auf das „Grünbuch“
- [27] www.dbwv.de/aktuelle-themen/service-recht/beitrag/startklar-mit-der-kaltstartakte
- [28] www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264
- [29] Zit. wie newscan, Zeitdokument: Wir zwangen die EU zu Sanktionen gegen Russland, 5.1.2015, www.youtube.com/watch?v=JLO7uKVarB8 (19.3.2025)
- [30] Dazu Wolfgang Bittner, „Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2019, S. 40
- [31] Zit. wie www.news.de/politik/857674522/wladimir-putin-spricht-ueber-angriff-auf-europa-vor-laufender-kamera-netz-vermutet-ankuendigung-einer-bevorstehenden-invasion/1/
- [32] Wladimir Putin, Tucker Carlson. In: Wolfgang Bittner, „Niemand soll hungern, ohne zu frieren“, Verlag zeitgeist 2024, S. 259 f.

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/wolfgang-bittner-die-eu-plant-den-krieg-gegen-russland/>

Der Koalitionsvertrag als Unterdrückungsinstrument

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 28. März 2025

Wer den Akteuren, die jetzt am Verhandeln sind, schon länger genau zugehört hat, musste den Koalitionsverhandlungen gegenüber skeptisch sein. Leider übertreffen die Informationen, die nach aussen dringen, die schlimmsten Erwartungen. Da den Koalitionären klar ist, dass sie für das «Verhandlungsergebnis» sehr wenig Zustimmung, aber um so mehr Kritik bekommen werden, ist ihre Hauptsorge, diese Kritik durch drastische Unterdrückungsmassnahmen von vorn herein zu unterbinden. Das Gesetz, das Kritik an Politikern und ihren Entscheidungen schon jetzt unter Strafe stellt, soll noch verschärft werden. Um wirklich alle «Delikte» erfassen zu können, soll die Ausweitung der Quellen TKÜ beschlossen werden. Für alle, die nicht wissen, worum es sich handelt: Die Quellen TKÜ geht auf einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD vom 15.05.2017 – A-Drs. 18 (6) 334 zurück.

Mit diesem Änderungsantrag wurde eine Rechtsgrundlage für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die sogenannte Online-Durchsuchung geschaffen. Schon damals wurde gewarnt: «Es handelt sich um Überwachungsmaßnahmen, die regelmässig ohne Kenntnis der Betroffenen heimlich durchgeführt werden und dabei tief in die Privatsphäre eingreifen können. Betroffen ist bei der Quellen-TKÜ in erster Linie das Grundrecht aus Art. 10 Abs. 1 GG, bei der Online-Durchsuchung der Schutzbereich des neuen Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 GG. Der Zugriff auf informationstechnische Systeme stellt einen erheblichen Eingriff dar. Dies gilt für die Quellen-TKÜ, weil mit der Infiltration des Systems die Hürde genommen ist, um das System insgesamt auszuspähen. Noch weitergehend ist der Grundrechtseingriff bei der Online-Durchsuchung, da personenbezogene Daten des Betroffenen erfasst werden können, die allein oder in ihrer technischen Vernetzung Einblick in wesentliche Teile der Lebensgestaltung einer Person oder ein aussagekräftiges Bild der Persönlichkeit gewähren können.» So Bundesanwalt Matthias Krauß am 30.5.2017 in einer Stellungnahme für den Bundestag.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit gab es schon seit Jahren unter den Grossen Koalitionen von Merkel. Dazu gehört auch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und eben der berüchtigte §188 StGB, der statt erweitert, sofort abgeschafft werden müsste, denn in einer Demokratie ist es das Oberste Recht des jedes Bürgers, die Regierung zu kritisieren.

Auf ausdrücklichen Wunsch der CDU soll das Informationsfreiheitsgesetz abgeschafft werden, mit dessen Hilfe korrupte Politiker, wie Philipp Amthor, der ausgerechnet in dieser Sache federführend ist, entlarvt wurden. Auch die Vorratsdatenspeicherung soll ausgeweitet werden.

All das ist eine glatte Kampfansage an alle, die es noch wagen, ihre Kritik an der Abschaffung der Demokratie durch die selbsternannten Demokraten zu üben. Der mündige Bürger stört, geschaffen werden soll der Untertan. Mit Demokratie hat der derzeitige Zustand in Deutschlands so wenig zu tun, wie in der Deutschen Demokratischen Republik.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2025/03/28/der-koalitionsvertrag-als-unterdrueckungsinstrument/>



depositphotos.com

Gefährliche Entwicklung: Meta AI entschlüsselt Gedanken in Text

uncut-news.ch, März 17, 2025

Die jüngsten Fortschritte von Meta AI in der Umwandlung von Gehirnaktivität in Text sorgen für Aufsehen. Die Technologie, die auf nicht-invasiven Verfahren wie Magnetoenzephalographie (MEG) basiert, verspricht, getippte Sätze mit einer Genauigkeit von bis zu 80% zu rekonstruieren. Doch während diese Innovation als bahnbrechend gefeiert wird, wirft sie tiefgreifende ethische und gesellschaftliche Fragen auf.

Gedankenlesen oder Kontrolle?

Metas KI-Modell, das in Zusammenarbeit mit dem Basque Center on Cognition, Brain and Language entwickelt wurde, könnte einen grossen Schritt in der Mensch-Maschine-Interaktion darstellen. Indem es Gehirnströme entschlüsselt und in Text umwandelt, ermöglicht es eine Form der Kommunikation ohne physische Eingaben. Doch was auf den ersten Blick wie eine technologische Errungenschaft wirkt, könnte sich als riskanter Eingriff in die Privatsphäre erweisen. Wer garantiert, dass diese Technologie nicht missbraucht wird, um Gedanken ohne Zustimmung der betroffenen Person auszulesen?

Die Illusion der Freiwilligkeit

Aktuell basiert die Forschung darauf, dass Probanden freiwillig an Experimenten teilnehmen. Doch mit zunehmender Verfeinerung könnte sich diese Technik als Überwachungsinstrument etablieren. In der Vergan-

genheit wurden biometrische Daten wie Fingerabdrücke oder Gesichtserkennung zunächst für freiwillige Zwecke genutzt – später jedoch zur Massenüberwachung eingesetzt. Eine vergleichbare Entwicklung wäre im Bereich der Gehirndaten möglich. Wer schützt die Menschen davor, dass Unternehmen oder Regierungen diese Technologie heimlich oder unter Druck einsetzen?

Technologische Herausforderungen als Sicherheitsrisiko

Während MEG eine hohe räumliche Auflösung bietet und EEG tragbarer ist, bleibt ein fundamentales Problem bestehen: Die Qualität und Sicherheit der gesammelten Daten. Gehirnsignale sind extrem komplex, und eine Fehlinterpretation könnte schwerwiegende Folgen haben. Eine KI, die eine gedachte Aussage falsch versteht, könnte fatale Konsequenzen haben – insbesondere, wenn solche Systeme in juristische oder medizinische Prozesse integriert werden.

Werden wir bald unterbewusst manipuliert?

Meta und andere Tech-Giganten haben bereits gezeigt, dass sie nicht zögern, Nutzerdaten für kommerzielle oder politische Zwecke auszunutzen. Was passiert, wenn Unternehmen Zugriff auf unsere Gedanken erhalten? Die Grenze zwischen Werbung und mentaler Beeinflussung könnte verwischen. Der Traum einer direkten Mensch-Maschine-Schnittstelle könnte in einer Albtraum-Realität enden, in der private Gedanken nicht mehr sicher sind.

Fazit: Fortschritt mit gefährlichen Implikationen

Die Fähigkeit, Gehirnaktivität in Text umzuwandeln, mag ein technologischer Meilenstein sein, doch sie birgt gravierende Risiken. Ohne klare ethische Grenzen und gesetzliche Schutzmassnahmen könnte diese Entwicklung dazu führen, dass Menschen ihre letzte Bastion der Privatsphäre – ihre eigenen Gedanken – verlieren. Der euphorische Fortschrittsglaube darf nicht dazu führen, dass Grundrechte und ethische Prinzipien ignoriert werden.

Quelle: New AI model converts your thought into full written speech by harnessing your brain's magnetic signals

Quelle_ <https://uncutnews.ch/gefaehrliche-entwicklung-meta-ai-entschluesselt-gedanken-in-text/>

Israels Vernichtungskrieg: Das Morden geht weiter. Der wieder aufgenommene Vernichtungsfeldzug Israels gegen die Palästinenser gründet sich auf tiefsitzender Menschenverachtung. Das zeigt ein neuer Beitrag des US-Journalisten Seymour Hersh über die Lage im Nahen Osten. Er gibt darin erschreckende Aussagen eines Israelis wieder.

30. März 2025 von TG

Israel setzt seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser ungehindert nach der gebrochenen Waffenruhe im Gaza-Streifen fort. Das schreibt der investigative US-Journalist Seymour Hersh (87) in einem am Mittwoch veröffentlichten Beitrag.

Für den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und seine rechtsextremen Anhänger seien die fast zwei Millionen Menschen im Gaza-Streifen «nie ein Thema» gewesen, seit die Rund-um-die-Uhr-Bombardierungen im Oktober 2023 begann, schreibt Hersh. «Sie waren nur Kollateralschäden», stellt er lakonisch fest und fügt hinzu, Israel sei «bereit, eine weitere Runde der Vergeltung einzuleiten»

«Am 18. März brach Netanjahu die Waffenruhe mit der Hamas, indem er eine Reihe von israelischen Luftangriffen genehmigte, bei denen schätzungsweise vierhundert Menschen in Gaza getötet wurden. Der Premierminister behauptete fälschlicherweise, er habe dies getan, weil die Hamas sich geweigert habe, einseitig weitere israelische Geiseln freizulassen.»

Sein Ziel sei es, die schätzungsweise 20'000 bis 25'000 überlebenden Hamas-Kämpfer umzubringen, die sich noch in Gaza aufhielten und von denen viele isoliert oder in kleinen Einheiten geringfügig bewaffnet operierten. Netanjahu habe sich geirrt, als er nach dem 7. Oktober 2023 ankündigte, dass die Hamas einen «beispiellosen Preis» für die Tötung von mehr als 1200 Israelis und die Gefangennahme von 251 Geiseln zahlen würde.

Er habe nicht damit gerechnet, dass die Hamas noch nicht vollständig besiegt sein würde, während mehr als 50'000 Bewohner des Gazastreifens, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, den israelischen Luft- und Bodenangriffen zum Opfer fallen würden. Diese Zahlen könnten noch viel höher sein, schreibt Hersh und verweist ausserdem auf die vielen Verletzten und die psychischen Traumata, die durch die ständigen

Bombardierungen und den Entzug von Nahrung, sauberem Wasser, Wohnraum und grundlegender Gesundheitsversorgung verursacht wurden.

Die internationale Anteilnahme für die ermordeten und verletzten Bewohner von Gaza habe die Unterstützung für den israelischen Luftkrieg schnell schwinden lassen. Aber die israelischen Bombenangriffe seien unvermindert weitergegangen.

«Die Hamas hielt durch, trotz des Verlusts ihrer Führung, mangelnder Versorgung und der Zerstörung ihres unterirdischen Tunnelnetzes, das für ein gewisses Mass an Sicherheit gesorgt hatte. Die anfänglichen israelischen Versprechen eines schnellen Sieges wurden durch Tausende von Luftangriffen auf die Häuser und Einrichtungen von Gaza untermauert, aber der Krieg ging weiter.»

Netanjahu habe nun jenen in Israel, die ihn immer noch unterstützen – die extreme Rechte, die sich aus religiösen Fanatikern und Siedlern zusammensetzt –, versprochen, die Palästinenser endgültig zu vertreiben. Er werde den Fanatikern geben, was sie wollen, «und sie werden ihrerseits ihren Teil dazu beitragen, ihn im Amt zu halten», so der US-Journalist. Es ist eine Ehe, die über zerbrochenen Körpern geschlossen wurde.

Die neue israelische Invasion des Gaza-Streifens werde «ein Krieg von Haus zu Haus, Tunnel zu Tunnel». Netanyahus Ziel sei es, die verbleibenden Tausenden von Hamas-Kämpfern aufzuspüren und zu töten. «Man könnte es eine Vernichtungsoperation nennen», stellt Hersh fest.

Es werde davon ausgegangen, dass bis zu fünf Divisionen israelischer Truppen und Reservisten – möglicherweise noch viel mehr – erneut in den Krieg vor Ort ziehen werden. Eine Division der israelischen Streitkräfte IDF bestehe aus zehntausend Soldaten.

«Der Krieg Israels in Gaza wurde während der Waffenruhe kaum unterbrochen. Die israelischen Truppen sind in Gaza und im Westjordanland zunehmend präsent, und gezielte Tötungen, insbesondere von arabischen Journalisten, haben in beiden Gebieten stetig zugenommen.»

Hersh macht darauf aufmerksam, dass Israel trotz seiner überwältigenden Bodentruppen, seiner unangefochtenen Luftwaffe und einer stetigen Versorgung mit US-Bomben und anderer Munition den Krieg nicht gewinnen konnte. US-Präsident Donald Trump scheine nach einer kurzen Welle von Spekulationen über Gaza als potenzieller Standort für ein Strandresort das Interesse an der Region verloren zu haben, «obwohl seine Regierung die Regierung Netanjahu weiterhin mit Bomben, Munition und Rhetorik unterstützt».

Der Journalist berichtet von einem Gespräch mit einem israelischen Militär-Veteranen, der gesagt habe, Israel sei so unnachgiebig, weil es nicht mehr nur ein einziges Israel gebe. Die Gesellschaft sei inzwischen dreigespalten und die Politik nehme diktatorische Züge an.

«Die Exekutive will alles sein, und um dies zu erreichen, zerstören sie den fragilen jüdischen gemeinsamen Nenner.»

Unter Netanjahu als «brillantem aschkenasischen Manipulator» (als aschkenasisch werden die aus Europa stammenden jüdisch Gläubigen bezeichnet – Anm. d. Red.) würden marokkanische Juden gegen aschkenasische Juden aufgehetzt, während irakische, syrische, libysche, tunesische, jemenitische und ägyptische Juden in der Mitte stehen würden. «Parasitäre» Ultraorthodoxe (meist Aschkenasim) würden in Kriegszeiten mit Gold überschüttet, um sich ihre Unterstützung zu sichern, was den Konflikt noch mehr verschärfe.

Hersh berichtet ausserdem, dass ein «gut informierter US-amerikanischer Beamter mit Erfahrung in Israel» ihn daran erinnerte, dass dieser zu Beginn des Krieges vorausgesagt hatte, dass die Israelis unter Netanyahus Führung «nicht aufhören würden, bis die Hamas vollständig ausgelöscht ist».

«Die Waffenruhen waren Kriegslist, um Hamas-Kämpfer aus ihren Verstecken zu locken. Sie waren Todeskandidaten, und das sind sie auch.»

Netanjahu habe die Waffenruhe vorgetäuscht, um so viele Geiseln wie möglich zu befreien, «aber jetzt hat dieser Trick ausgedient». Was mit den Menschen in Gaza geschehe, hänge von den reichen Arabern ab, so von Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Das US-Vorgehen beschrieb Hershs Informant so:

«Wir werden beobachten und abwarten, bis die Hamas nicht mehr existiert, und dann einschreiten, um das Leid zu lindern, aber nicht, bevor die Israelis entscheiden, dass es vorbei ist.»

Das hänge nicht von Netanjahu ab, denn «die Nation Israel spricht mit einer politischen Stimme und würde dies tun, egal welche Partei und welcher Führer das Sagen hat». Hersh verweist auf frühere Gespräche mit hochrangigen Israelis mit langjähriger Militär- und Regierungserfahrung, die das bestätigt hätten.

Er zitiert einen hochrangigen IDF-Offizier im Ruhestand, der zwar Kritik an Netanjahu übte, aber sich für die Fortsetzung des Krieges gegen die Hamas ausgesprochen habe. Diese Aussagen zeigen zugleich, wie tief die menschenverachtende Haltung gegenüber den Palästinensern in Israel sitzt.

Der Ex-IDF-Offizier habe gesagt, dass Netanjahu den Krieg brauche, um seine politische Macht mit all ihren Vorzügen zu sichern. Aber die Hamas sei sehr gefährlich, fügte er demnach hinzu. Deshalb hätten das Militär und die Geheimdienste Israels der neuen Offensive zugestimmt.

Der Offizier machte deutlich, dass er wenig Mitgefühl für die Notlage der Menschen in Gaza hat, berichtet Hersh und zitiert ihn:

«Ich bin natürlich dafür, den Krieg zu beenden, aber aus einem anderen Grund: Dies ist der einzige Weg, um unsere Geiseln zu befreien. Die Menschen in Gaza verdienen alles, was ihnen widerfahren ist.»

Aber es gebe keinen Völkermord, behauptet der Ex-Militär. Um den Palästinensern vorzuwerfen, sie hätten «ihre Kinder dazu erzogen, uns abzuschlachten oder zu sterben oder uns abzuschlachten und zu sterben». Für sie seien «Plünderungen, Dschihad und Märtyrertum (...) ihre Höhepunkte auf allen Bildungsebenen». Das sagt der israelische Ex-Offizier, ohne ein Wort darüber zu verlieren, unter welchen Bedingungen Israel die Palästinenser im Gaza-Streifen seit vielen Jahren hält. Dafür spricht er davon, dass der «Hass auf die Bewohner des Gaza-Streifens» der einzige gemeinsame Nenner zwischen ihm und dem Rechtsextremen in Israel sei.

Die Menschen im Gaza-Streifen seien «der ultimative Feind, allesamt Islamo-Nazis der schlimmsten Sorte. Ihre Kinder sind Islamo-Nazi-Hitlerjugend, die 1945 in Berlin in den einstürzenden, brennenden Trümmern für ihren Führer kämpfen.»

«Aber wir sind keine Nazis», erklärt der Ex-Offizier laut Hersh und spricht von der Pflicht, «einen Weg zu finden, uns zu ändern». Der US-Journalist meint, der IDF-Veteran wisse, «wie viele Menschen auf der Welt, dass eine Lösung der arabisch-israelischen Krise in weiter Ferne liegt». Wenn das intolerante Israel von Benjamin Netanyahu und seinen extremistischen Partnern weiter auf dem Vormarsch bliebe, werde es vielleicht nie dazu kommen.

«Aber jetzt regt sich die arabische Welt, die seit Jahrzehnten mit einem nuklear bewaffneten Israel konfrontiert ist. Wenn es nach der dortigen Führung geht, werden in Saudi-Arabien bald Kernkraftwerke gebaut, und Israel könnte in der Region nicht mehr über das alleinige Besitztum dieser furchteinflössenden Abschreckungswaffe verfügen.»

Quelle: Seymour Hersh: ISRAEL PREPARES ANOTHER INVASION-26. März 2025

Quelle: <https://transition-news.org/israels-vernichtungskrieg-das-morden-geht-weiter>



Wikimedia

«Er war ein Verräter» – Paul Craig Roberts über den wahren Grund für das Kennedy-Attentat

uncut-news.ch, März 27, 2025

Von einem, der es wissen muss: Der frühere US-Regierungsbeamte und Ökonom Paul Craig Roberts erhebt in einem explosiven Interview schwere Vorwürfe gegen das Herz der amerikanischen Macht – CIA, Militärführung und die offizielle Geschichtsschreibung.

Ein halbes Jahrhundert Lüge

Fast 61 Jahre nach dem Attentat auf John F. Kennedy (JFK) liefert Paul Craig Roberts, ehemaliger stellvertretender Finanzminister unter Ronald Reagan, eine radikale, aber detailliert begründete Analyse: Der Präsident sei von einem Komplott aus CIA, dem Generalstab der US-Armee und Teilen des Secret Service ermordet worden – weil er dem Machtapparat im Weg stand.

Donald Trump habe mit der Veröffentlichung der JFK-Akten zwar symbolisch für Transparenz gesorgt, doch Roberts winkt ab: Die CIA würde ihre eigenen Verbrechen niemals dokumentieren – «das wäre Selbstbeichtigung».

Das Motiv: «Er hat uns verraten»

Laut Roberts war das Motiv eindeutig: Kennedy habe nach der Kuba-Krise 1962 eine militärische Eskalation mit der Sowjetunion verweigert und sei damit zum Feindbild der US-Militärführung geworden. Insbesondere nach dem Desaster der «Schweinebucht-Invasion» habe das Pentagon auf einen Atomschlag gegen die UdSSR gedrängt – Kennedy habe abgelehnt und die Generalität als «verrückt» bezeichnet.

Für Roberts war das Kennedy-Schicksal damit besiegelt:

«Die obersten Militärs sahen in ihm nicht nur einen Schwächling, sondern einen Verräter – ja sogar einen sowjetischen Agenten.»

Oswald? Ein Bauernopfer

Lee Harvey Oswald, offiziell als Einzeltäter genannt, sei lediglich eine Figur im Theaterstück gewesen. Roberts verweist auf umfangreiche Indizien:

- Zwei völlig unterschiedliche Autopsieberichte (Dallas vs. Washington).
- Beweise für Manipulation der Leiche (Schädelfraktur wurde rekonstruiert).
- Zeugenaussagen über Schüsse aus verschiedenen Richtungen.
- Videoaufnahmen, die zeigen, wie der Secret Service kurz vor dem Attentat die Sicherheitsbegleitung abzieht.
- Waffenexperimente, bei denen kein Scharfschütze die angeblichen Oswald-Schüsse in gleicher Zeit replizieren konnte.

«Jack Ruby war Teil des Plans»

Dass Oswald zwei Tage später von Jack Ruby erschossen wurde – einem mit der Mafia verbandelten Nachtclubbesitzer – sei laut Roberts ebenfalls inszeniert gewesen. Rubys Aussage, er habe dies aus Mitleid für Jackie Kennedy getan, sei «lächerlich».

Israel, Mafia, Johnson? Nur Nebelkerzen

Roberts räumt auch mit konkurrierenden Theorien auf:

- **Israel** habe zwar unter JFKs Druck bezüglich des Atomwaffenprogramms gestanden, aber unmöglich die Autopsie manipulieren oder den Secret Service beeinflussen können.
- Die **Mafia-Theorie** sei gezielte CIA-Desinformation – nach dem Motto: «Wir streuen fünf Geschichten und niemand kommt der Wahrheit näher.»
- Auch **Vizepräsident Lyndon B. Johnson** sei nicht der Drahtzieher gewesen – er habe keine Macht gehabt, das Militär oder den Geheimdienst zu kontrollieren.

Der systemische Schattenstaat

Das Motiv sei tiefer zu suchen: Kennedy habe das militärisch-industrielle Establishment herausgefordert, dessen Macht durch das Ende des Kalten Krieges gefährdet gewesen wäre. Roberts erinnert an Eisenhowers berühmte Abschiedsrede von 1961, in der der «militärisch-industrielle Komplex» zum ersten Mal offen als Gefahr für die Demokratie genannt wurde.

Warren-Kommission – Eine Farce

Auch die offizielle Untersuchung (Warren-Kommission) sei nichts weiter als ein «staatlich angeordnetes Cover-up» gewesen, so Roberts. Der eigens von Kennedy gefeuerte Ex-CIA-Direktor Allen Dulles habe der Kommission vorgesessen – ein klassischer Fall von Täter als Ermittler.

Warum Trump die Akten jetzt freigibt

Roberts glaubt, Trump wolle sich mit der Aktenfreigabe absichern – als Botschaft an das «System»: «Wenn ihr mich ausschaltet, glaubt niemand mehr an einen Unfall.» Gleichzeitig sei es auch eine späte Rache an der CIA, die mit dem Russiagate-Skandal gegen ihn intrigiert habe.

Nixon und Watergate – die politische Variante

Kennedy sei ermordet worden, Nixon durch Medien und Justiz «politisch exekutiert» worden – weil er ebenfalls den Kalten Krieg beenden wollte, meint Roberts. Besonders brisant: Carl Bernstein und Bob Woodward, die Watergate-Aufdecker, hätten laut Roberts Verbindungen zur CIA gehabt.

Fazit: Die Spur führt ins Machtzentrum

Roberts zeigt ein düsteres Bild der US-Politik: Eine demokratisch legitimierte Regierung, die durch einen tiefen, ungewählten «Schattenstaat» aus Geheimdiensten und Militär jederzeit sabotiert, unterwandert – und notfalls eliminiert wird.

«Wir mussten lügen, um das Vertrauen in die Regierung nicht zu verlieren», sei das unausgesprochene Motto der Warren-Kommission gewesen, so Roberts. Doch heute, sagt er, könne die Wahrheit endlich ausgesprochen werden.

Ein Buch, das alles veränderte

Roberts empfiehlt das Buch *«JFK and the Unspeakable»* von James W. Douglass als Schlüsselwerk. Es sei das Ergebnis von 30 Jahren Recherche – «und es belegt alles». Das Werk bleibt bis heute weitgehend ignoriert – vor allem von den US-Medien, deren Nähe zur CIA laut Roberts «institutionalisiert» sei.

Eine bittere Wahrheit

Für Roberts steht fest: Der Mord an Kennedy war ein Staatsstreich – inszeniert im Namen der «Sicherheit», doch gegen die Demokratie selbst. Und der Preis dieser Lüge ist eine jahrzehntelange Entfremdung des Volkes von seiner Regierung.

«Die Wahrheit ist zu schrecklich – deshalb haben sie sie versteckt», sagt Roberts. «Aber jetzt ist es Zeit, hinzusehen.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/er-war-ein-verraeter-paul-craig-roberts-ueber-den-wahren-grund-fuer-das-kennedy-attentat/>

E-ID-Referendum: Bitte jetzt unterschreiben! **Es bleiben nur noch sechs Tage, um das Referendum gegen das** **Schweizer E-ID-Gesetz zu unterschreiben. Deadline, um ausgefüllte** **Unterschriftenbögen einzuschicken, ist der 4. April 2025.**

30. März 2025 von DF

Die Uhr tickt! Der Stichtag für das Zustandekommen des Referendums gegen das umstrittene Schweizer E-ID-Gesetz rückt immer näher. Noch besteht die Chance, dieses gefährliche Gesetz an die Urne zu bringen. Doch dafür müssen bis zum 4. April 2025 mindestens 50'000 Unterschriften gesammelt sein – jede Stimme zählt! Wir haben hier letztmals darüber berichtet.

- Es gibt drei Komitees, die Unterschriften sammeln. Bei welchem man unterschreibt, spielt keine Rolle. Alle Unterschriften werden am Schluss von der Bundeskanzlei zusammengezählt. Kommen gesamthaft deren 50'000 zusammen, muss an der Urne über das Gesetz abgestimmt werden. Der Urnenentscheid ist für die Regierung verbindlich.
- Unterschriftsberechtigt sind stimmberechtigte Schweizer Bürgerinnen und Bürger, (die volljährig sind).
- Es ist wichtig, den Stichtag einzuhalten. Die Komitees müssen nämlich die Unterschriften bei den jeweiligen Gemeinden noch beglaubigen lassen. Auch dieser Schritt muss innerhalb einer Frist erfolgen.

Erwägungen

- Die E-ID ist nicht nur unnötig, sie birgt ernsthafte Gefahren für unsere Gesellschaft, unsere Privatsphäre und unsere Freiheit.
- Besonders alarmierend sei, so die Kritik, die Entscheidung der Schweizer Regierung, des Bundesrates, im Dezember 2024, die EU-Variante der E-ID-Technologie zu übernehmen. Diese sieht vor, dass bei jeder Nutzung der Identität ein einzigartiges Token übermittelt wird, was die vollständige Nachverfolgbarkeit aller Online-Interaktionen ermöglicht.
- Intransparente Technologie: Die Technologie hinter der E-ID ist nicht Open Source. Ohne Transparenz fehlt die notwendige Sicherheit, um Missbrauch und Hackerangriffe zu verhindern.
- Abhängigkeit von Big Tech: Die E-ID funktioniert nur mit den Betriebssystemen von Google und Apple. Diese Abhängigkeit von grossen Tech-Konzernen gefährdet unsere Souveränität.
- Digitale Überwachung: Wir laufen Gefahr, dass unsere persönlichen Daten für Überwachungszwecke missbraucht werden. Die E-ID könnte ein weiterer Schritt in Richtung einer digitalen Überwachungsgesellschaft sein.
- Gefährdung der Grundrechte: Diskriminierung und die willkürliche Einschränkung von Rechten sind nicht technisch möglich.
- Missachtung des Volkswillens: 2021 wurde die E-ID mit 64 Prozent der Stimmen abgelehnt – ein klares Zeichen des Volkswillens, der nun missachtet wird, auch wenn an der Vorlage Verbesserungen vorgenommen wurden!
- Kein echter Mehrwert: Es gibt sichere, bewährte Alternativen zur E-ID, die keine Gefahr für unsere Rechte und unsere Freiheit darstellen.

- Die E-ID ist zwar ausdrücklich freiwillig. Aber die «Macht des Faktischen» könnte dazu führen, dass gewisse Dienstleistungen nur mit E-ID angeboten werden. Das ist abzulehnen.

Fazit

Es gibt keinen guten Grund, die E-ID einzuführen. Es existieren sichere Alternativen, die den Datenschutz und unsere Grundrechte wahren. Nutzen wir unsere Chance bis zum 4. April, das Gesetz zu stoppen – es ist nicht nur ein Kampf für unsere persönlichen Daten, sondern auch für die Freiheit zukünftiger Generationen!

Quelle: E-ID nein-29. März 2025

Quelle: <https://transition-news.org/e-id-referendum-bitte-jetzt-unterschreiben>



depositphotos.com

Orbán will Bargeld zum Grundrecht machen – und er hat verdammt recht

uncut-news.ch, März 27, 2025

Während Europa über digitale Zentralbankwährungen (CBDCs) debattiert und die EU-Kommission längst die Weichen für eine weitgehend bargeldlose Zukunft stellt, setzt Ungarns Premierminister Viktor Orbán ein deutliches Zeichen: **Er will das Recht auf Bargeld in der Verfassung verankern.** Und egal, was man von Orbáns Politik im Allgemeinen halten mag – **dieser Schritt ist absolut notwendig.**

«Die Bankkarte gehört der Bank – Bargeld gehört Ihnen»

Mit diesem Satz brachte Orbán in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2025 das Problem auf den Punkt. **Bargeld ist nicht nur ein Zahlungsmittel – es ist ein Symbol individueller Freiheit.** Denn: Was digital ist, ist überwachbar. Was überwachbar ist, ist kontrollierbar. Und was kontrollierbar ist, kann im Zweifel auch gesperrt, eingefroren oder missbraucht werden.

Orbán kündigte nicht nur die Verfassungsinitiative an – seine Regierung hat parallel bereits Massnahmen ergriffen, um Bargeldzugang zu sichern. Gemeinden müssen Geldautomaten bereitstellen. Banken, die ihre Automaten abbauen, drohen Strafen. Das ist konsequenter Verbraucherschutz gegen einen schleichenden Systemumbau.

Digitaler Euro, CBDCs & Co.: Das Ende der finanziellen Selbstbestimmung

Währenddessen geht es in Brüssel in eine andere Richtung. Die EU treibt die Einführung des digitalen Euro voran – und versichert zwar, dieser sei «optional» und «anonym». Doch jeder, der die letzten fünf Jahre politischer Realität erlebt hat, weiss: **Heute optional, morgen verpflichtend.**

CBDCs erlauben theoretisch – und in autoritären Regimen längst praktisch – die komplette **Nachverfolgung jeder Transaktion.** In Ländern wie China sind bereits Systeme im Einsatz, bei denen soziale Verhaltensbewertung (Social Credit) mit Zahlungsfähigkeit verknüpft wird. Ein falsches Wort, ein falsches Posting – und der Zugriff auf das eigene Geld kann eingeschränkt werden.

Wer denkt, das sei in Europa undenkbar, hat 2020–2022 nicht aufgepasst.

Ein globaler Trend der Kontrolle – wer schützt die Bürger?

Zunehmend sprechen Politiker, Banker und Tech-Eliten von der «Notwendigkeit», Bargeld abzuschaffen – aus Gründen der «Effizienz», «Sicherheit», «Klimaschutz» oder «Geldwäschebekämpfung». Was kaum gesagt wird: Bargeld ist **das letzte Mittel für Bürger, sich dem gläsernen Konto zu entziehen.** Kein QR-Code, kein Algorithmus, keine Einfriermöglichkeit.

In Wahrheit geht es um Kontrolle – nicht um Komfort.

Warum andere Länder Orbáns Beispiel folgen sollten

Deutschland, Österreich, die Schweiz – überall wächst das Misstrauen gegenüber dem digitalen Vormarsch. Doch politischer Widerstand bleibt zögerlich. Die EZB wirbt für Vertrauen. Die Bürger zahlen mit der Freiheit.

Dabei wäre die Lösung einfach: **Die Verankerung des Bargelds als Grundrecht.** So wie Orbán es tut – mit rechtlicher Klarheit, infrastruktureller Absicherung und einem klaren Signal an Banken, Lobbyisten und Technokraten.

Denn Bargeld schützt nicht nur den Geldbeutel – **es schützt die Demokratie.**

Fazit: Bargeld ist gelebte Privatsphäre

In einer Welt, in der jede digitale Zahlung potenziell getrackt, bewertet oder limitiert werden kann, ist Bargeld mehr als nur ein Stück Papier: **Es ist ein Akt der Selbstbestimmung.**

Viktor Orbán hat das erkannt. Die Frage ist: **Warum tun es nicht alle anderen auch?**

Quelle: <https://uncutnews.ch/orban-will-bargeld-zum-grundrecht-machen-und-er-hat-verdammt-recht/>

«Am Bargeld hängt die Freiheit» – Initiative nimmt immer mehr Fahrt auf Die Stuttgarter Zeitung sprach mit Hansjörg Stützle über Kartenzahlungen als Konsummotor, die Bargeldabschaffung auf Behörden und in der freien Wirtschaft sowie über die Beweggründe seines Engagements für das Bargeld

Petition Hakon von Holst – 19.03.2025
– übernommen von bargeld.info / stuttgarter-zeitung.de
28. März 2025

Bargeld-Abschaffung,

Wer mit Karte einkauft, besitzt eine höhere Zahlungsbereitschaft. Immer und immer wieder kommen wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Ergebnis. Ein Team um Emma Runnemark von der Wirtschaftsuniversität Copenhagen Business School zum Beispiel prüfte die Zahlungsbereitschaft von Studenten. Jeder erhielt gleich viel Geld für seine Teilnahme an der Studie. Doch wer mit einer Debitkarte ausgestattet war anstatt mit Bargeld, gab 36 Prozent mehr aus für ein Bier und 52 Prozent mehr für einen Kaffee.

Darum warnt Hansjörg Stützle in der Stuttgarter Zeitung (StZ): «Man verliert die Kontrolle über das Geld und realisiert nicht mehr den Austauschvorgang – man gibt sein Geld nicht mehr physisch aus den Händen, meistens überlegt man dabei nicht einmal mehr, ob der Gegenwert stimmt.» Was Hansjörg Stützle ausserdem motiviert hat, bislang über 125'000 Unterschriften für den europaweiten Schutz des Bargelds zu sammeln, lesen Sie in der Onlineausgabe der StZ:

StZ-Interview: «Am Bargeld hängt die Freiheit» vom 27.02.2025

Herr Stützle, mit einer Giro-Karte geht es im Supermarkt an der Kasse meistens schneller. Was spricht gegen bargeldlosen Zahlungsverkehr?

Stützle: Schneller geht es ja nur bei kontaktlosem Zahlen, nicht aber mit Pin oder Unterschrift. Mein Haupteinwand: Man verliert die Kontrolle über das Geld und realisiert nicht mehr den Austauschvorgang – man gibt sein Geld nicht mehr physisch aus den Händen, meistens überlegt man dabei nicht einmal mehr, ob der Gegenwert stimmt.



Diese Toilette nimmt nur noch digitales Geld an. Foto: dpa/Peter Kneffel

Können Sie das belegen?

Verschiedene Studien zeigen: Mit Karte gibt ein Kunde viel mehr Geld aus. Er akzeptiert beim Kaufvorgang höhere Preise: Beim Bier bis zu etwa 35 Prozent mehr, bei der Tasse Kaffee bis circa 50 Prozent zusätzlich. Je nach Situation steigt die Ausgabenfreude mit Karte auf bis zu 100 Prozent.

Sie warnen davor, dass Bargeld schleichend abgeschafft werden soll. Wer könnte daran ein Interesse haben?

Man muss nur dem Prinzip «Cui bono?» – Wem nützt es? – folgen, dann findet man die vielzähligen Interessenlagen etwa der Finanzindustrie und weiteren sehr mächtigen Institutionen. Es ist bekannt, dass Bargeld sich nicht mehr halten kann, wenn die Barzahlungsquote unter rund 15 Prozent fällt. Dann wird Bargeld zu teuer und die Infrastruktur kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Notenbanken äussern ganz klar: «Das Euro-System wird weiterhin Banknoten anbieten und deren Nutzung ermöglichen, solange die Nachfrage besteht.» Gehen die Entwicklungen so weiter, schaffen wir Bürger das Bargeld selbst ab.

Wie attraktiv ist ein rein digitales Bezahlssystem für die Banken?

Für digitales Bezahlen fallen Gebühren an. Der gesamte Einzelhandel muss für jeden digitalen Bezahlvorgang zum Teil hohe Gebühren an die Banken zahlen. Natürlich wird diese Leistung an den Verbraucher weitergegeben. Einen Nutzen vom reinen Giralgeld hat übrigens auch der Staat – er bekommt noch mehr Transparenz.

Sie haben in einer Petition fast 120'000 Unterschriften gesammelt. Worum geht es Ihnen?

Es gibt aktuell eine einzigartige Chance, das Bargeld europaweit gesetzlich zu schützen. Dies liegt daran, dass der E-Euro eingeführt und wie das Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel werden soll. Dafür wurden Verordnungsvorschläge für den E-Euro und das Bargeld herausgebracht. Das Problem dabei ist, dass der E-Euro im Handel einen Annahmewang erhalten soll – das Bargeld jedoch nicht. In der Petition bargeld-erhalt.eu fordern wir, dass Bargeld ebenso einen Annahmewang erhält. Wenn dies nicht geschieht, wird der E-Euro das Bargeld verdrängen.

Warum bedroht die Abschaffung von Bargeld aus Ihrer Sicht denn die Freiheit?

Am Bargeld hängt die Freiheit. Eine freie Gesellschaft braucht ein freies Zahlungsmittel. Bei jedem digitalen Zahlungsvorgang ist man unmittelbar lokalisierbar. Die Folgen daraus sind vielzählig, insbesondere wenn der gute Staat zu einem fragwürdigen Staat mutieren sollte. Ohne Bargeld wäre die Basis gelegt, um den Bürger beliebig zu kontrollieren und zu steuern.

Noch sind wir weit davon entfernt, dass der Staat unsere Konsumgewohnheiten überwacht. Kann sich das ändern?

Der Staat drängt die Menschen immer weiter in die Digitalisierung. Das Problem ist, dass alles, was digital ist, auch die Überwachungsmöglichkeit vergrössert. Was mich bedenklich stimmt ist, dass der Staat immer stärker in die Verdrängung des Bargeldes aktiv eingreift. So lehnen bereits die ersten Schwimmbäder, Bürgerbüros und öffentlichen Verkehrsbetriebe Bargeld ab. Der Staat schliesst somit Menschen von der öffentlichen Teilhabe aus.

In Ihrem Buch schildern Sie den bargeldlosen Umgang in der Familie. Was ginge Ihrer Meinung nach verloren?

Wenn der Opa seinem Enkel 50 Euro schenkt und das nur noch per Click geschieht, geht etwas Entscheidendes verloren. Die Umarmung und Wertschätzung etwa, nachdem der Briefumschlag mit dem Geldschein geöffnet wird. Auch das Zurücklegen von Geld, das Sparen in einem Sparschwein ist nur mit Bargeld möglich.

Dennoch schätzen viele den Einsatz von bargeldlosen Zahlungsmitteln. Wie könnte ein Kompromiss aussehen?

Ein guter Kompromiss wäre, das Bargeld nicht zu diskriminieren, sondern die Wahlfreiheit des Bezahlers wieder herzustellen. Also, dass der Handel verpflichtet wird, auch Bargeld anzunehmen. Dafür muss eine gesetzliche Regelung her. Ohne das wird Bargeld keine langfristige Überlebenschance haben.

Wer ist Hansjörg Stützle?

Hansjörg Stützle, 1970 in Waldshut geboren, wird nach einem Realschulabschluss Kaufmann und widmet sich im Betrieb des Vaters der Unternehmensentwicklung. Er spezialisiert sich auf die Sanierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der nach seinen Massstäben wertvolle Umgang mit Geld wird zum Steckenpferd des Uhdingers. Er bietet Kunden seit zwei Jahrzehnten Seminare und Einzelberatungen als Geldumgangstrainer an.

Quelle: Hansjörg Stützle – Wertvoll Leben

Quelle: <https://bargeldverbot.info/2025/03/19/stz-interview/>

Quelle: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/deutschland/am-bargeld-haengt-die-freiheit-initiative-nimmt-immer-mehr-fahrt-auf>

DER VERLEGER HAT DAS WORT

Ein neuer Bundesrat

Im Vorfeld der Bundesratswahlen habe ich kein Geheimnis daraus gemacht: Ich hätte Markus Ritter dem schliesslich gewählten Martin Pfister vorgezogen. Warum? Ritter hat sofort von der Bedeutung der Landesverteidigung gesprochen. Und von seinem Auftrag, die personell und materiell heruntergewirtschaftete Armee wiederaufzubauen.

Doch die Rot-Grünen haben Martin Pfister geschlossen gewählt, weil er gesinnungsmässig ein Euroturbo ist. Er sagt jetzt schon, er wolle dem EU-Unterwerfungsvertrag – der gegen die schweizerische Unabhängigkeit und die Volksrechte ist – zum Durchbruch verhelfen. Pfister findet, er könne gut damit leben, dass dazu kein Ständemehr notwendig ist. Ausgerechnet ein Regierungsrat des drittkleinsten Kantons will nicht, dass Zug mitentscheiden darf. Da sieht man, wie tief gefallen mittlerweile auch die Kantonsregierungen sind. Sie geben ohne weiteres den Föderalismus – eine der Hauptstärken der Schweiz – auf. Pfister spricht auch bereits von einer Annäherung an das militärische



Nato-Bündnis und ist innerlich für den Nato-Beitritt.

Jetzt haben wir die Fortsetzung des Kurses von Bundesrätin Viola Amherd, die ja auch auf dieser schiefen Ebene unterwegs war. Es wird behauptet, der Bundesrat sei mit je zwei Vertretern von SVP und FDP eine Mitte-rechts-Regierung. In Wahrheit sind FDP-Bundesrat Ignazio Cassis sowie die SP und die Mitte auf EU-Anschluss-Kurs.

Gesucht war die Ausrede bei der Nichtwahl von Markus Ritter, es seien zu viele Bauern im Bundesrat. Wer Schwarznasenschafe hält, zählt demnach zu den Bauern. Wahrscheinlich ist auch Frau Keller-Sutter eine Bäuerin, weil sie zwei Hunde besitzt.

E gfreuti Wuche

Christoph Blocher

Was steckt hinter der Militarisierung Europas?

Beitragsdatum März 29, 2025, von Albrecht Künstle und Uwe Froschauer

Ein kurzes Vorwort

Für Europas politische «Elite» scheint der Suizid im Kampf gegen Russland eine beschlossene Sache zu sein. Wie Napoleon und Hitler zuvor glauben die europäischen Führer anscheinend ernsthaft, Russland auf die Knie zwingen zu können. Dieses Unterfangen würde wie zuvor bei den zwei genannten historischen Grössenwahnsinngen zu 100 Prozent in die Hosen gehen!

Offenbar haben die eliteinstruierten, europäischen Politdarsteller den Unterricht in Geschichte öfters geschwänzt. Den deutschen Kriegstreibern scheinen zudem die Worte «Nie wieder Krieg» aus ihrem Gedächtnis entglitten zu sein.

Um vom eigenen Versagen abzulenken, wird die sich bietende Gelegenheit, die Kriegswirtschaft anzukurbeln – ohne faktisch einen Feind in Sicht zu haben – von den kurz vor dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch stehenden Ländern – beziehungsweise deren unfähigen Politmarionetten – wahrgenommen. Der Feind wird durch eine Verdrehung des Bewertungsrahmens in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung geschaffen und hat fünf Buchstaben: Putin.

Auch der noch amtierende ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky scheint zwecks Macht- und möglicherweise Lebenserhalt darauf angewiesen zu sein, dass der Krieg weitergeht. Am 27. März 2025 forderte Selensky beim Gipfel der «Koalition der Willigen» eine Kriegsbeteiligung Europas. Die «Willigen» – will meinen «willigen, verantwortungs- und hirnlosen Kriegstreiber» – aus London und Paris würden gerne als Friedenstruppen getarnte Kriegstruppen in die Ukraine schicken. Gott sei Dank fanden die historisch gesehen stets kriegsbereiten Briten und Franzosen keine Mitspieler – zumindest noch nicht. Bei dem unberechenbaren Fragezeichen Friedrich Merz, den sein Geschwätz von gestern nicht interessiert, scheint mittlerweile alles möglich.

Es ist nicht etwa Putin – der in den letzten drei Jahren seine Verhandlungsbereitschaft immer wieder signalisiert hat – mit dem man nicht verhandeln könnte, sondern es sind die NATO- und EU-Kriegseliten, die keine Gelegenheit auslassen, Vereinbarungen – keine Nato-Osterweiterung («not an inch eastwards») – und Verträge – wie die 2014/15 geschlossenen Minsk I und II-Abkommen – zu brechen.

Die tatsächlich anstehenden, von unseren politischen Versagern selbstverursachten internen Probleme werden beiseitegeschoben, und der vermeintlich notwendigen Aufrüstung untergeordnet.

Um einen Krieg zu führen, benötigen die unfähigen europäischen Staatenlenker und Kriegstreiber Geld. Da die finanziellen Mittel aus dem deutschen Staatshaushalt trotz enormer Steuereinnahmen von circa 1000 Milliarden Euro hierfür nicht ausreichen, hat der Wählertäuscher, BlackRock-Agent, Hitman der deutschen Wirtschaft und Kriegstreiber Friedrich Merz per durchgedrückter Grundgesetzänderung enorme Summen für die für den Bürger unproduktive Kriegswirtschaft mobilisiert, die die Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland sprunghaft enorm ansteigen lässt. Seine Kampf- und Parteigenossin, die nicht-integre und politisch talentfreie EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen leistet ihren bellizistischen Beitrag, und möchte 800 Milliarden auf EU-Ebene für den europäischen Selbstmord mobilisieren und beisteuern.

Dass die USA und Russland die Frechheit besitzen, Frieden schaffen zu wollen, interessiert die linke – eingebildete – Elite, die kurz vor ihrem Ende steht, anscheinend nur peripher. Sie führt jetzt Krieg auf drei Ebenen: gegen Russland, gegen die USA und gegen die eigenen Bürger, die für dieses sinnbefreite Unterfangen – eventuell auch mit Blut – aufgrund ihrer Uninformiertheit bezahlen werden. «Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!»

Sollte es tatsächlich zu einem von den Europäern verschuldeten Krieg gegen Russland kommen, ist jetzt schon klar, wer als Gewinner daraus hervorgehen wird: Russland!

Nicht alle politischen Politiker sind geistig unterbelichtet. Sie wissen, dass ein Krieg gegen Russland nicht gewinnbar ist. Dennoch lassen sie es geschehen, da es – wie immer – Kriegsprofiteure gibt. Und die heißen: BlackRock & Co. «Krieg ist der beste Kaufmann. Er macht aus Eisen Gold» (Friedrich Schiller). Ein erheblicher Teil der vom deutschen Frontmann BlackRocks, Friedrich Merz, durchgedrückten Schuldengelder fließen in die Kassen der Vermögensverwalter. Leider durchblickt der Grossteil der europäischen Bevölkerung dieses perfide Spiel nicht.

Albrecht Künstle bringt mit seinem nachfolgenden Beitrag Licht ins Dunkel der Kriegsertüchtigung und Militarisierung Europas, sowie ihre Auswirkungen auf Land und Leute.

28. März 2025, von Albrecht Künstle

Was steckt hinter der Militarisierung Europas?

- Trump und Putin wollen den Ukrainekrieg beenden
- Europa hält dagegen und will den Krieg fortsetzen
- Noch ist der Frieden nicht verloren – Widerstand!

Es ist die Frage der Stunde: Welcher Teufel reitet unseren Kontinent, allen voran Deutschland? Denn täglich sind Horrormeldungen zu gewärtigen – wie diese: Die Kriegsrhetorik eskaliert, Deutschland wabere zwischen «Fronturlaub», «Mobilmachung» und «Countdown bis zum grossen Krieg», so «Nius». Es ist wieder dieselbe Panikmache wie bei Corona: «Militärexperte warnt vor möglichem «letzten Sommer im Frieden», berichtet «Focus». «Deutsche Krankenhäuser müssen sich auf Kriegsfall vorbereiten», warnt der «Spiegel». «Erste deutsche Krankenhäuser üben für Verteidigungsfall», sekundiert «Bild». «Aufrüstung in Deutschland: Wird dafür bald privates Vermögen der Bürger benutzt?», fragt die «Berliner Zeitung». «Grosskrieg in

Europa», titeln die «Nachdenkseiten». Etliche Beiträge auf Ansage! behandeln diesen neuen Alarmismus ebenfalls.

Anders als vor dem Zweiten Weltkrieg, aber durchaus ähnlich der Situation von 1914 bei Beginn der Ersten Weltkriegs, herrscht wieder eine zunehmende Kriegseuphorie. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten ist Umfragen zufolge grösser als zur Verschuldung für Inlandsinvestitionen. Allerdings wurde ich in meinen 74 Lebensjahren noch nie zu irgendetwas befragt; die täglichen Online-Befragungen etwa von Civey sind keine amtlichen, die von den Medien zitiert werden. Wer befragt hier eigentlich wen und mit welcher Fragestellung? Zweifel an der Aussagekraft von Umfrageergebnissen sind durchaus angebracht. Ich wäre ebenfalls in der Lage, durch Suggestivfragen genau jenes empirische Ergebnis liefern zu können, die ein Auftraggeber von mir erwartet.

Warum will Trump – anders als Biden – nicht noch mehr in die Ukraine stecken? Die USA sind hoch verschuldet, laut Statista im laufenden Jahr mit 37,754 Billionen US-Dollar mit weiterem Aufwärtstrend – wenn das Ruder nicht herumgeworfen wird. Die USA können sich keine 800 militärischen Stützpunkte weltweit mehr leisten, und Kriege erst recht nicht. Doch bei wem sind die USA verschuldet? Nicht nur bei den überwiegend inländischen Sparern. Nein, die enormen Staatsschulden der USA werden von ausländischen Geldgebern finanziert – und der weitaus grösste Gläubiger ist China, ausgerechnet der grösste wirtschaftliche und zunehmend auch militärische Konkurrent, den sich Trump angeblich «vornehmen» will. Mit Trumps Politikwechsel wird aus der Not eine Tugend, sich nicht mehr in Europa verausgaben zu wollen.

Wird Russland dadurch gefährlicher für Europa und Deutschland ohne die USA? Trotz der militärischen Unterlegenheit Russlands (siehe den diesbezüglichen Vergleich in diesem Ansage!-Beitrag) gegenüber Europa – auch ohne die USA – schlägt der Militärhaushalt Russlands aufgrund seiner geringeren Bevölkerungszahl von nur 143 Millionen und viel schwächeren Wirtschaftskraft weitaus stärker zu Buche als in den EU-Ländern mit ihren 448 Millionen Einwohnern. Schon aufgrund dessen kann Russland an einem Wettrennen nicht gelegen sein. Die Russen sind kein «Volk ohne Raum» – im Gegenteil; die Bevölkerung nimmt ab. Ausserdem besitzt Russland im Gegensatz zur EU alle benötigten Rohstoffe und Energiereserven im Überfluss. Warum soll sich Putin über das ferne Deutschland oder gar Westeuropa hermachen, wenn er nicht einmal die autonomen Volksrepubliken Donezk und Luhansk vor der eigenen Haustüre beherrscht? Es gibt für uns keinen militärischen Grund zur weiteren Aufrüstung – jedenfalls nicht über das Mass hinaus, dass die Bundeswehr einmal hatte, bevor sie von Merkel und der Ampel demontiert wurde! Österreich und die Schweiz fühlen sich von Russland übrigens nicht bedroht, obwohl sie gar nicht in der NATO sind.

Dann also die Kriegswirtschaft als ein Konjunkturprogramm für uns? Deutschland ist tatsächlich weltweites Schlusslicht in der Wirtschaftsentwicklung. Wenn es nicht richtig läuft, verschrieb einst der Makroökonom Jon Maynard Keynes mehr staatliche Nachfrage – also Beschäftigungsprogramme –, um eine mangelnde Privatsnachfrage durch die staatliche auszugleichen. Und so wenig, wie Geld stinkt, täte es eine Rüstungsproduktion. Aber die Wirtschaftsphilosophie von Keynes ist tot, schon weil die Zeit von der Bereitstellung von Geldmitteln bis zur Wirtschaftsbelebung heute viel länger dauert als zu seinen Lebzeiten. Die Genehmigungsverfahren dauern heute aufgrund einer überbordenden Bürokratie, Vorschriften und Einspruchsmöglichkeiten um ein Vielfaches länger als damals die praktische Realisierung der Programme. Auch deshalb ist Keynes tot, weil eine Wirtschaftsflaute früher mit gestiegener Arbeitslosigkeit einherging. Wir dagegen haben doch angeblich einen «Fach-» und Arbeitskräftemangel.

Nun von der Theorie zu nackten Zahlen: Die Kriegswirtschaft brachte weder Russland noch der Ukraine einen Beschäftigungsboom oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) – und im ersten Kriegsjahr schon gar nicht. Denn Waffen sind das unproduktivste Wirtschaftsgut, wie auch diese Denkschrift («Vom Green New Deal zum olivgrünen Wirtschaftswunder») aufzeigt. Was gestiegen ist, sind die Preise und die Arbeitslosigkeit – speziell in der Ukraine. Doch ausgerechnet bei uns in Deutschland soll angeblich alles anders sein!? Soll die Welt wieder am «deutschen Wesen» genesen?

Worum es hier wirklich geht, ist die Aufrüstung der EU als Billionengeschäft, wie in diesem Artikel bestätigt wird. Die Frage ist nur: Für wen ein Geschäft? Hierzu noch vertiefend diese «Anleitung zum Totrücken». Es war immer so: Geld gewinnt Kriege. Darin wird ausgeleuchtet, wie der Geist des IfW-Ökonomen Moritz Schularick sogar auf die Militarisierung des NS-Regimes zurückgreift und sich in diesem Geist als Aufrüstungsflüsterer der Bundesregierung andient. Und wer soll das Aufrüstungsprogramm zahlen, an dem sich die neuen Rüstungs-Barone, die Grossaktionäre und Waffenhändler eine goldene Nase verdienen? Es handelt sich um eine Bereicherung ohne echte Bedrohung zulasten anderer! Rechtlich gesehen gelten «Geschäfte zu Lasten Dritter» jedoch als sittenwidrig und unwirksam.

Und wie hoch sind die Lasten? Mit über 100'000 Euro Kosten für eine vierköpfige Familie schlug der Wahnsinn zu Buche! Dieser Betrag – zusätzlich zu den übrigen Steuern! – ergäbe sich unter Zugrundelegung folgender Parameter: 3,6 Prozent des BIP als NATO-Ziel, welches der aktuellen Prognose zufolge um jährlich 1,2 Prozent steigen soll. Über jene 12 Jahre berechnet, die auf Betreiben des Kanzlerkandidaten Merz noch von der abgewählten Regierung mit der bisherigen Parlamentsmehrheit für das Investitions-«Sondervermögen» (vulgo: Schulden) im Grundgesetz festgeschrieben wurden. Fixiert wurde hier ein Sockel

im regulären, steuerfinanzierten Haushalt für die Verteidigung in Höhe von 1 Prozent des BIP – um das NATO-Ziel von 3,6 Prozent zu erreichen, plus 2,6 Prozent schuldenfinanzierte Rüstungsausgaben. Und dazu noch die 24 Prozent deutscher Anteil an den 800 Milliarden Euro der EU, gepuscht von der deutschen Kommissionspräsidentin von der Leyen. Und zu (gar nicht) guter Letzt: Meine Berechnung erfolgte noch ohne die erwartete Inflation der Kosten, und ohne die normale Steuerbelastung für allgemeinen Staatsausgaben! Für eigene vier Wände bleibt also – zumal bei steigenden Zinsen – nicht mehr viel übrig. Gelebt wird dann nur noch von der Hand in den Mund.

Wer meint, diese Opferbereitschaft der Steuerzahler – auch der Kinder und Enkel als künftige Steuerzahler – sei ernsthaft zu unserer Sicherheit nötig, dem wird dieses Interview mit dem Kriegsreporter Patrik Baab empfohlen, das aufzeigt: Deutschland sabotiert die Friedensverhandlungen! Die 45 Minuten lohnen sich; was sind diese schon gegenüber der jahrelangen Dauer eines Krieges, wenn wir diesem nicht mit dem gebotenen Widerstand entgegentreten? Die baldigen Ostermärsche in vielen Städten bieten beste Gelegenheit dazu. Diese kurze Rede sollte uns Ansporn zur Teilnahme sein.

Vorbehalt: Falls in diesem Artikel Strafbares enthalten sein sollte, distanzieren mich prophylaktisch von solchen Unrechtsgrundlagen bzw. der Justiz, die darin evtl. Strafbares erkennen will.

Dieser Artikel ist ohne «KI» ausschliesslich mit Künstle-Intelligenz 😊 erstellt; zuerst erschienen bei <https://ansage.org/>

Danke, Herr Künstle, für ihre informationsreichen und tiefgründigen Ausführungen.

Überdies hat mir Albrecht Künstle noch eine Berechnungstabelle zukommen lassen, die mitunter die Schuldenbelastung für einen 4-Personen-Haushalt – abhängig vom jeweiligen Prozentsatz der Rüstungsausgaben vom BIP – aufzeigt.

Entwicklung und Finanzierung des deutschen Rüstungshaushalts in Mrd. EUR							EU
	BIP real +	steuerfinanziert	Rüst. in % des BIP. Schulden-Mrd. sind 1% gekürzt				800
Jahr	1,2%	1%	2,5%	3,0%	3,6%	4,0%	24%
2024	4.305	Mrd.	Mrd.	Mrd.	Mrd.	Mrd.	Mrd.
2025	4.357	43,567	65,350	87,133	113,273	130,700	38,400
2026	4.409	44,089	66,134	88,179	114,632	132,268	38,400
2027	4.462	44,618	66,928	89,237	116,008	133,855	38,400
2028	4.515	45,154	67,731	90,308	117,400	135,462	38,400
2029	4.570	45,696	68,544	91,391	118,809	137,087	38,400
2030	4.624	46,244	69,366	92,488	120,235	138,732	
2031	4.680	46,799	70,199	93,598	121,677	140,397	
2032	4.736	47,361	71,041	94,721	123,138	142,082	
2033	4.793	47,929	71,893	95,858	124,615	143,787	
2034	4.850	48,504	72,756	97,008	126,111	145,512	
2035	4.909	49,086	73,629	98,172	127,624	147,258	
2036	4.968	49,675	74,513	99,350	129,155	149,025	
Summen >		459,961	838,083	1.117,444	1.452,678	1.676,166	192,000
gesamt über 12 Jahre in Mrd. EUR =			1.490	1.769	2.105	2.328	
pro Kopf der Bevölkerung in EUR =			17.739	21.064	25.055	27.716	
4 Personenhaushalt Belast. EUR =			70.954	84.257	100.221	110.863	

Als eine rosige Zukunft würde ich das Ei nicht bezeichnen, das uns der Wählertäuscherkanzler noch vor Ostern gelegt hat.

Die Grosse Koalition will jetzt übrigens das Lügen verbieten. Wann stellen Sie sich den Behörden, Herr Merz? Als Bundeskanzler sollte man doch mit gutem Beispiel vorangehen, oder? Vielleicht könnte diese Geste einige Ihrer kolossalen Lügen wieder ein wenig ausbügeln.

Quelle: <https://wassersaage.com/blogbeitraege/was-steckt-hinter-der-militarisierung-europas/>

Der Führer Deutschlands – Friedrich Merz – im Kriegs- und Ausgabenrausch – wieviel sind 1,7 Billionen?

21. März 2025 dieter



Nach über 80 Jahren hat Deutschland wieder einen Führer, der dem alten in Sachen Verlogenheit und Grössenwahn in nichts nachsteht und Summen ausgibt, welche für die meisten nicht vorstellbar sind. Wir rechnen und unser Optimismus verkümmert.

Peter Hänseler (voicefromrussia)

Einleitung

Gestern las ich im Internet – leider ohne Verfasserangabe – folgende Zeilen: Das gab es noch nie: Ein Mann, der noch gar nicht zum Kanzler gewählt ist, handelt mit Parteien, die die Wahl verloren haben, die grösste Schuldenaufnahme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus, in einem Bundestag, der längst aufgelöst wurde.

Wenn man einem Deutschen vor 10 Jahren das gegenwärtige Verhalten des Friedrich Merz beschrieben hätte, wäre man für verrückt erklärt und ohne viel Aufsehen in eine Klinik gesteckt worden.

Friedrich Merz, welcher sich weigert, mit der AFD zu koalieren, da er ihnen Rechtsextremismus vorwirft, trimmt Deutschland auf einen Krieg gegen Russland. Die AFD will Frieden mit Russland, Russland sucht Frieden, die Amerikaner wollen Frieden und Merz stellt sich gegen alle, die Frieden anstreben.

Diese Woche berichtete das Handelsblatt, dass man bis 1,7 Billionen ausgeben könne. Dieser Artikel wird beweisen, dass dieser Plan Wahnsinn ist, allein aufgrund dieser astronomischen Zahl, indem wir diese in für normale Menschen nachvollziehbare Verhältnisse setzen.

Wieviel ist eine Billion Sekunden?

Ich behaupte, dass die wenigsten Menschen die Grösse dieser Zahl einordnen können.

Versuchen wir es:

Wieviel Zeit verstreicht in einer Million Sekunden? – Richtig, 11,57 Tage.

Wieviel Zeit verstreicht in einer Billion Sekunden? – Sie werden falsch liegen, wenn Sie sagen, ein paar Jahre. Es sind exakt 31'709 Jahre. Das ist in der Tat lange her. Die Erde wurde von Säbelzähntigern und Wollmammut bevölkert, die letzte Eiszeit fand statt. Erst gut 28'000 Jahre später wurde Rom gegründet.

Ich gehe davon aus, dass alle Leser einigermaßen überwältigt sind, dass eine Billion soviel ist wie sie ist.

1,7 Billionen in Geld

Gegenwärtige Schulden Deutschland auf Bundesebene

Die Schulden des Bundes Deutschlands beliefen sich per 30. Juni auf 1,621 Billionen – das sind 1621 Milliarden Euro. Das entspricht einer Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt von 62,4%.

1,7 Billionen sind hundert Mal mehr als alle DAX-Firmen zusammen im Jahre 2023 verdient haben.

Friedrich Merz wird diese Schulden verdoppeln. Das würde zu einer Schuldenquote von 125% führen – man käme damit in die Nachbarschaft von Griechenland (158%).

Zusätzliche Zinslast

Die zusätzliche Zinslast für die 1,7 Billionen Euro wird 47,6 Milliarden Euro pro Jahr betragen, wenn man den gegenwärtigen Zinssatz der 10-jährigen Bundesanleihe von 2,8% zur Berechnung heranzieht.

Der kumulative Gewinn von Volkswagen, Mercedes-Benz und BMW betrug 2024 29,2 Milliarden Euro. Die deutsche Automobilgiganten könnten somit nicht einmal die Zinsen für diesen Wahnsinn bezahlen, falls sie alle ihre Gewinne nach Berlin schicken würden.

Keine Chance diese Verschuldung je zurückzuzahlen

Deutschland nahm auf Bundesebene 2024 Einkommenssteuern in der Höhe von 181,95 Milliarden Euro ein. Somit müssten 10 Jahre lang 100% der gesamten Einkommenssteuern für die Rückführung von 1700 Milliarden Euro aufgewendet werden.

Fazit

Ohne überhaupt davon zu sprechen, dass das Vorgehen des Friedrich Merz juristisch mehr als fragwürdig ist, ist bereits aufgrund der Zahl von 1,7 Billionen Euro klar, dass er den Verstand verloren hat. Diese Schuldenbonanza wird den einstigen Exportweltmeister und das vormalige Juwel der Industrie finanziell an die Wand fahren.

Die deutsche Politelite wettet seit vielen Jahren gegen Russland, jenem Land, dem es die günstige Energie zu verdanken hatte, die es Deutschland erst erlaubte, zum Industriejuwel dieser Welt zu werden. Russland vergab den Deutschen, welche 27 Millionen Russen auf dem Gewissen haben; vergessen haben die Russen diese Gräueltaten nicht, wohl aber die Deutschen oder besser gesagt, die deutsche Führung, denn was das deutsche Volk denkt, wählt oder möchte, gehört in Germania einmal mehr der Vergangenheit an. Danach wandte sich Deutschland herrisch gegen China, dem jetzigen Industriejuwel, das die grossen Trends im Gegensatz zu den Germanen nicht verschlafen hat. Zu guter Letzt geifert die deutsche Führung gegen die USA, dem Kolonialherrscher der Deutschen, der eine politische Kehrtwende gemacht hat und nun Frieden mit Russland anstrebt. Das Verhalten des Friedrich Merz als Grössenwahn zu bezeichnen ist somit keineswegs abwegig.

Frau Baerbock, die Deutschland während ihrer Zeit als Aussenministerin auf dem internationalen Parkett lächerlich gemacht hat, kuschelt mit der neuen syrischen Regierung, die sich aus Terroristen zusammensetzt. Seit ca. zwei Wochen werden in Syrien Zivilisten abgeschlachtet, Frauen und Kindern werden die Köpfe abgeschnitten, offensichtlich eine Notwendigkeit auf dem Weg zur Demokratie. Frau Baerbock scheint damit einverstanden zu sein. Ich empfehle unseren Lesern übrigens nicht, Videos von diesem Treiben anzuschauen, die auf den sozialen Medien zu tausenden herumgeboten werden; es sind Albträume die Ihnen den Schlaf rauben werden. Eben diesen Herren überweist Frau Baerbock 300 Millionen Euro. Frau Baerbock, die bald keinen Job mehr haben wird, scheint über spezielle Talente zu verfügen. Sie soll neue Präsidentin der UNO-Generalversammlung werden.



Die talentierte Frau Baerbock – an Bildung, Intellekt oder Manieren kann es nicht liegen. Als geopolitischer Analyst sollte man im Innersten immer ein Optimist bleiben, sonst brennt man komplett aus. Es fällt mir jedoch immer schwerer für Deutschland einen Funken Hoffnung in mir zu tragen: Juristisch, geopolitisch, freiheitsrechtlich und emotional.

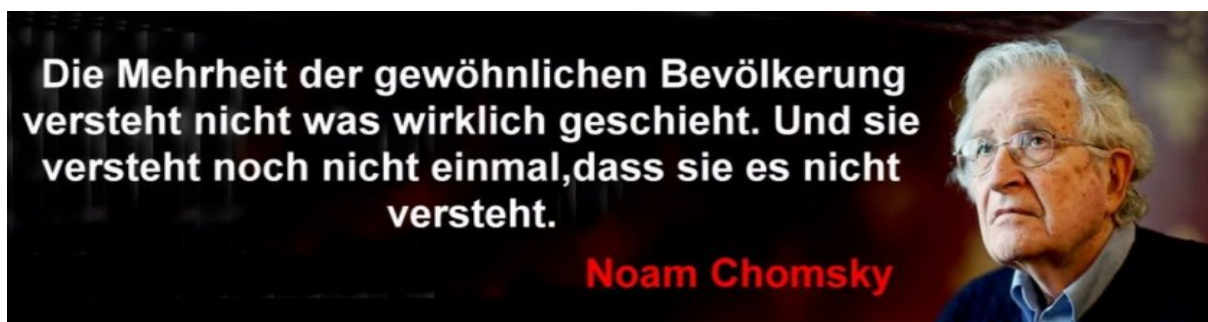
Quelle: <https://krisenfrei.com/der-fuehrer-deutschlands-friedrich-merz-im-kriegs-und-ausgabenrausch-wieviel-sind-17-billionen/>

Zu den Waffen, Bürger, der Frieden greift an!

Hwludwig, Veröffentlicht am 20. März 2025

Die Tagesschau referiert den DeutschlandTrend: «Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent ... wollen CDU, CSU und SPD Ausnahmen bei der ... Schuldenbremse durchsetzen. ... 66 Prozent (finden) eine Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung und Bundeswehr richtig.» Das «ZDF-Politbarometer» bietet mehr: «Rund drei Viertel der Befragten (76 Prozent) ... befürworten eine Aufstockung der finanziellen Mittel für Verteidigung.» Obacht bitte: Die Rede ist von mehre-

ren hundert Milliarden Euro neuen Staatsschulden, sprich: «Sondervermögen». Wer hat noch nicht, wer will nochmal? Da muss man hineingetreten sein! (K/B)



Deutschlands polit-mediale Mafia kontra Aufklärung und «den Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen.»

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Der weltweit geachtete Sprachwissenschaftler Noam Chomsky stellte schon vor 30 Jahren fest:

«Die Mehrheit der gewöhnlichen Bevölkerung versteht nicht, was wirklich geschieht. Und sie versteht noch nicht einmal, dass sie es nicht versteht.»

Verantwortlich für diesen Zustand sind hierzulande die Redakteure der öffentlich-rechtlichen Zentralen für Massenverblödung: ARD-Tagesschau-Deutschlandfunk-ZDF-heute. Sie liefern gleichgeschalteten Ramsch, verpackt als Nachrichten. Leider bleiben sie dafür nicht nur straffrei. Sie beziehen fette Gehälter. Für widerspruchslose Weitergabe und Verstärkung politischer «Narrative» wie

- Morgen überfällt uns der Russe.
- Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Sie schützt unsere Freiheit.

Unser Gemeinwesen ist indessen fundamental bedroht von wirtschaftlichem Niedergang, Firmenpleiten, Arbeitsplatzverlust, Kinder- und Altersarmut sowie vom allgemeinen Zerfall seiner Infrastruktur. Man fasst es nicht, doch konnte hier trotzdem ein Multimillionär Merz, mit BlackRock-Hintergrund, mit Immobilien in Spitzenlage («Haus Sauvigny» im Sauerland und einer Villa im «Tal der Reichen» am Tegernsee) sowie zwei Privatflugzeugen Kanzlerkandidat der Elenden werden. Er durfte ungehindert und x-mal den obszön verlogenen Schwachsinn von der «russischen Bedrohung» über Funk und Fernsehen verbreiten. Ohne beweispflichtig gemacht oder aufgefordert zu werden, sich gefälligst vom Hof zu trollen.

Soviel Mumm haben eben öffentlich-rechtlich tätige journalistische Schlappschwänze nicht.

Offizielle Volksverhetzung

Unseren «Hoheitsmedien» und tonangebenden Polit-Eliten ist es gelungen, mit Lügen, Manipulation und Russenhass-Propaganda die deutsche Bevölkerung zu spalten. Wer im gekünstelten Kontext «Russland bedroht unsere Freiheit» Umfragen veranstalten lässt, ob mehr Geld «für Verteidigung» ausgegeben werden solle, der betreibt eine Variante von Volksverhetzung. Natürlich nicht zweckfrei: So lenkt die Bundesregierung von ihrem Rundum-Totalversagen ab. Mit dem Schüren von Kriegsangst wird zugleich versucht, jeden Widerspruch gegen den fortgesetzten sozialen Kahlschlag abzuwürgen. Schlagworte: Kanonen statt Butter. Hurra-Patriotismus.

Die gehässige Fantasterei «Russland bedroht uns» mündet ins gesellschaftliche Einvernehmen mit der Pistorius-Idiotie «Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein». Aus «kriegstüchtig» wird dann «kriegswillig». Von den Hoheitsmedien in Auftrag gegebene Meinungsumfragen führen traditionell zur erforderlichen/gewünschten Mehrheitsmeinung. Schillers poetisches Fragment «Die Bluthochzeit zu Moskau»:

*«Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn.
Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.*

...

*Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen.
Der Staat muss untergeh'n, früh oder spät,
wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.»*

Als wichtigste Komponenten des allgegenwärtigen Propagandadrucks erwiesen sich folgende Vorgänge:

- Kriminalisierung von unliebsamen, regierungskritischen Meinungsäußerungen zum Ukraine-Krieg («Billigung von Straftaten»),

- Einseitige und irreführende politische Berichterstattung der Massenmedien in Kombination mit dem Verbot russischer Nachrichtenangebote und Gegeninformationen
- Kritiklose Darstellung einer zutiefst korrupten und repressiven Ukraine als «Verteidiger der westlichen Demokratie»
- Hemmungslose Heroisierung des autoritären Schmierenkomödianten und nunmehr korruptionsverdächtigen Präsidenten Selensky
- Eine ausschliesslich auf Vermutungen und Bezeichnungen basierende Behauptung, Russland stelle eine imperialistische Gefahr dar.

Realitätsverweigerung

Am 16./17. Februar 2022 (s. Tagesbulletin der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine) setzte die von den USA hochgepöbelte ukrainische Selensky-Armee zur Erstürmung der spärlichen Überreste der «Volksrepubliken» Donezk und Lugansk an. Unsere medialen Leithammel blökten zwar mit der Regelmässigkeit einer Schwarzwälder Kuckucksuhr, die beiden Entitäten seien «international nicht anerkannt». Das Selbstbestimmungsrecht in Kapitel 1 der UN-Charta fordert jedoch gar keine «Anerkennung» durch Dritte, wenn sich eine Gemeinschaft zur Abspaltung und Eigenstaatlichkeit entschliesst. Die Ausrufung steht für sich und genügt, wie das Beispiel Kosovo zeigt. Kiews Versuch, sich die «abtrünnigen» Republiken gewaltsam wieder einzuverleiben, kann hingegen als Völkerrechtsbruch gewertet werden.

Nach dem von den USA unterstützten Maidan-Putsch hatten die ukrainische Armee und vor allem deren integrierte neonazistische Freikorps im Donbass bereits 14'000 russisch-stämmige vormalige Landsleute massakriert – vom Westen weitgehend toleriert, wenn nicht gar aktiv unterstützt. Der Westen war es, der die Donbass-Republiken in Russlands Arme trieb. Davor verschlossen die meisten deutschen Politiker und ihre medialen Liebediener aber krampfhaft die Augen. Und was sie nicht erkennen wollten, sollte auch die deutsche Öffentlichkeit nicht erkennen dürfen.

Am 24. Februar 2022 folgte bekanntlich der Einmarsch der russischen Armee. Er wurde dem deutschen Publikum von den hiesigen Massenmedien als «brutaler völkerrechtswidriger russischer Angriffskrieg» ins Bewusstsein gedengelt. Die von den Kanzlern Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl gesuchte und gepflegte Verständigungsbereitschaft mit Russland schlug in neuerlichen Russenhass um. Aggressive Russophobie ist wieder deutsche Staatsräson.

Die russische Regierung berief sich auf das Selbstverteidigungsrecht nach Art 51 der UN-Charta. Die UN-Generalversammlung widersprach am 2. März 2022 mit überwältigender Mehrheit und beschuldigte Russland (mit 141 von 193) Stimmen der «Aggression». Unmissverständlich, jedoch nicht völkerrechtlich bindend. Nur Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sind völkerrechtlich wirksam.

Putin zum Jelzin zurechtkneten

Die Europäische Union hatte ihre russlandfeindlichen Aktionen allerdings schon Ende Februar 2014 geplant und vorbereitet, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Maidan-Putsch. Die aggressiven Pläne und die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und Russland resultierten aus dem jahrelangen Misserfolg des Werte-Westens, den legitimen russischen Präsidenten Putin auf das Zwergformat seines versoffenen Amtsvorgängers Jelzin zurückzustutzen. Hasstiraden wie Baerbocks

«Das wird Russland ruinieren»

und Joe Bidens

«Um Gottes willen, dieser Putin darf nicht an der Macht bleiben» unterstrichen die westliche Erfolglosigkeit.

Ob die «militärische Sonderoperation» Russlands gegen die Ukraine völkerrechtswidrig war oder nicht, muss eine Streitfrage bleiben: Erst der dazu von Kiew angerufene Internationale Gerichtshof in Den Haag ist als letzte Instanz dazu berufen, darüber zu urteilen. Bis es dazu kommt, können noch Jahre vergehen. Zuvor geäusserte Meinungen – auch die der Bundesregierung in Berlin – sind dem Wortsinn nach nichts anderes als Vor-Urteile. Wenn solche Vor-Urteile in strafbewehrte Gesetze gefasst werden und wenn auf dieser Grundlage jeder belangt wird, der öffentlich widerspricht, dann kennzeichnet das einen eklatanten Mangel an demokratisch-freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit.

Es mag zutreffen, dass Russland mit dem Einmarsch gegen Grundsätze des Völkerrechts versties. In diesem Fall wird man neben der objektiven Tat aber auch das subjektive Motiv zu bewerten haben. Vor allem Russlands Beweggrund: Kein imperiales Machtstreben, sondern die Weigerung, tatenlos dabei zuzusehen, wie das ukrainische Militär und seine darin integrierten Neonazi-Verbände die russisch-stämmigen Ostukrainer abschlachteten, («Asow», «Aidar» u.a.). Putin hat sich nicht von ungefähr auch auf das UN-Konzept Internationale Schutzverantwortung berufen. Aus dem Vorgehen besagter Milizen schlossen qualifizierte Zeitzeugen, dass das Selensky-Regime in Kiew den Krieg mit Russland herbeizwingen wollte.

Und diesen Krieg wollten auch die USA, namhafte US-Autoren bezeugen es. Ebenso der vormalige EU-Kommissar Verheugen:

«Die der Ukraine zugedachte Rolle hatte ein US-Demokrat, Adam Schiff, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Kongresses, bereits 2020 ... auf die Formel gebracht: «Die Vereinigten Staaten helfen der Ukraine und ihren Menschen, damit wir dort gegen Russland kämpfen können und nicht hier gegen Russland kämpfen müssen.»»

Kriegsprovokateur USA

Ein anno 2019 in Auftrag gegebener Bericht der regierungsfinanzierten RAND Corporation mit dem Titel «Ausdehnung nach Russland: Wettbewerb auf günstigem Terrain» (Original: «Extending Russia: Competing on Favorable Ground») stellte das strategische Konzept vor, Moskau zu provozieren, sich militärisch oder wirtschaftlich zu übernehmen und innen- und aussenpolitisch an Einfluss zu verlieren:

«Die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine würde Russlands grösste externe Verwundbarkeit ausnutzen. Aber jede Aufstockung in US-Militärwaffen und Ratschlägen an die Ukraine müsste sorgfältig kalibriert werden, um die Kosten für Russland zu erhöhen.»

Als Tarnkappe für kriegsprovozierende Politik diente das Abkommen Minsk-2. Obwohl ein völkerrechtlich gültiger Vertrag, wurde es zur Täuschung Russlands missbraucht. Erst 2022 gaben sowohl Ex-Kanzlerin Angela Merkel als auch Frankreichs Ex-Präsident François Hollande zu, dass sie mit dem Abkommen keinen dauerhaften Frieden anstrebten, sondern der Ukraine Zeit zur militärischen Aufrüstung verschaffen wollten. Ähnlich Präsident Selensky: Er habe nie beabsichtigt, Minsk-2 umzusetzen.

Inzwischen, das dürfte beim IGH in Den Haag noch eine erhebliche Rolle spielen, haben die USA die Bezeichnung «russischer Angriffskrieg» selber zurückgenommen. Präsident Trump beschuldigte nun die ukrainische Regierung:

«Ihr hättet ihn (den Krieg) nie beginnen sollen. Ihr hättet einen Deal machen können.»

Trumps Berater und Sondergesandter Steve Witkoff bündig:

«Der Krieg hätte nicht stattfinden müssen. Er wurde provoziert.»

Endlich lässt sich nicht mehr kaschieren, wie bösartig menschenverachtend die polit-mediale Mafia der USA, der NATO, der EU und speziell Deutschlands das hunderttausendfache Schlachten und Sterben im Donbass und darum herum herbeiführten, mit Waffenlieferungen, logistischer, finanzieller und politisch-diplomatischer Unterstützung. Mit welcher Gewissen- und Schamlosigkeit sie sich dabei auch noch als Friedensapostel aufführten. Wobei US-Schmiergelder eine Extra-Rolle spielten.

Der hässliche Amerikaner

Dass ausgerechnet ein «rechtskonservativer» US-Milliardär Trump das wertewestliche Lügengebäude zum Einsturz brachte und Russland bezüglich des Ukraine-Krieges rehabilitierte, ist zunächst grossartig («great»). Man kann es aber auch als bösen Witz der Weltgeschichte betrachten. Vorbehaltloser Glaube an Trumps Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit ist nicht zu rechtfertigen: Möglich, dass er seinen «Freund» Putin zu bluffen versucht und nur auf den geeigneten Augenblick für einen vorteilhaften Sieger-Deal wartet. US-politisch-typische Doppelzüngigkeit ist bereits belegbar.

Trumps und Seinesgleichen (die globale, aber US-amerikanisch basierte Milliardärs-Clique) Interesse ist ersichtlich: Aneignung des restlichen, noch in den Händen der bürgerlichen Staaten verbliebenen Reichtums. Auch Trump ist in erster Linie Grosskapitalist und will entsprechend Profit machen. Dass er beispielsweise beim Sozialabbau in den USA keine Skrupel kennt, demonstriert er derzeit mit seinem Kumpel und Milliardär Elon Musk. Bei der Vernichtung von zehntausenden Arbeitsplätzen zeigen sie keinerlei Hemmung.

Zudem kann Trump sich auf seine europäischen Heloten in Berlin, Paris und London verlassen. Die bleiben auf Kriegskurs und lassen ihre Untertanen auch die Milliarden zahlen, die der Ami den US-Bürgern nicht mehr abnehmen will.

Lügengestank

Gleichviel, die Behauptung vom «brutalen völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg» ist aufgefliegen. Aufrichtiger Umgang mit der Kriegshistorie ist allerdings nicht der Stil führender deutscher Politiker – von ihrem journalistischen Gefolge gar nicht erst zu reden. Sie setzen ihre Kriegstreiberei gnadenlos fort. Ihre verbale Giftgas-Flatulenz ist gesellschaftsfähig, staatstragend. Ein Naserümpfen über den AgitProp-Gestank kann immer noch strafrechtlich verfolgt werden.

Erstaunlich ist das insofern, als das Etikett «Aggressor Russland» nun auch aus dem Vokabular der UN-Ukraine-Resolutionen komplett verschwand. Im März 2022 hatten ja noch 141 der 193 UN-Mitglieder «die Aggression der Russischen Föderation auf die Ukraine aufs Schärfste missbilligt». Aber in der jüngsten rechtsverbindlichen Resolution des Weltsicherheitsrates findet sich keine Verurteilung Russlands mehr.

Gefordert wird allerdings nach wie vor die unverzügliche Beendigung aller Kampfhandlungen. Es bleibt abzuwarten, wie die anvisierte Merz-CDU-SPD-Regierung darauf reagiert. Weitere Waffenlieferungen Deutschlands und der EU, wie derzeit beabsichtigt, wären wohl – wenn man die aktuelle Resolution des Weltsicherheitsrats berücksichtigt – als Völkerrechtsbruch zu betrachten.

Von Einsicht und Bereitschaft zur Umkehr der russophoben schwarz-rot-grün-gelben Berliner Fraktionsgemeinschaft ist allerdings keine Rede. Besonders die Grünen Noch-Minister, Habeck vorneweg, müssten eigentlich in Sack und Asche gehen. Erst recht dessen opportune «Experten», die in russenfeindlichem Wahn mit ihren Konstruktionen und Berechnungen die Öffentlichkeit hereinzulegen halfen.

Laut einer Modellsimulation des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel) und des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) hätte eine Entkoppelung der russischen Volkswirtschaft aus internationalen Handelsbeziehungen zu einem Einbruch des russischen Bruttoinlandproduktes um 8,7 Prozent führen müssen. Ein Handelskrieg, so hieß es, werde Russlands Wirtschaft langfristig empfindlich treffen, Deutschland hingegen immer noch ein 0,4-Prozent-Plus bescheren.

Tatsächlich kam es andersherum: Die russische Wirtschaft wuchs im vorigen Jahr um 4,1 Prozent. Russlands Arbeitslosenquote ist mit 2,3 Prozent historisch niedrig, der Lohnzuwachs mit 7,3 Prozent hingegen beträchtlich. In Deutschland sank dagegen 2023 und 2024 die Wirtschaftsleistung um insgesamt 0,5 Prozent. Ekelhafte Beilage: Scholz, Baerbock und Habeck warfen mehr als 200 Milliarden Euro zum Fenster hinaus zu dem Zweck, den wahnwitzigen Krieg in der Ukraine in Gang zu halten; eine Schlachtprämie für den grausamen Tod hunderttausender Menschen, Preisgeld für die Verwüstung eines Landes. Die Verantwortlichen in Berlin haben unterdessen für ihre dreieinhalb Regierungsjahre 4990 Euro monatliche Minister-Altersversorgung erworben.

Einigen namhaften Ukrainern scheint derweil ein Licht aufzugehen, was es mit diesem Krieg auf sich hat. Gestützt auf eine sinngemäße Interview-Äusserung Bruno Kahls, des Chefs des Bundesnachrichtendienstes BND, für den Westen sei eine Kriegsdauer bis zum Jahr 2030 vorteilhaft, fragten Selenskys Hauptkonkurrenten Julia Timoschenko, Pedro Poroschenko, Vitali Klitschko und Walerij Saluschny:

«Hat jemand beschlossen, die Existenz der Ukraine und das Leben Hunderttausender Ukrainer aufs Spiel zu setzen, um Russland im Interesse der Sicherheit in Europa zu schwächen? Ich hätte nicht gedacht, dass sie es wagen würden, dies so offiziell und offen zu sagen...»

Zugedröhnt

Selbstverständlich finden die positiven russischen Daten keinen Niederschlag in den deutschen Hoheitsmedien. Die verkünden ihrer unbedarften Kundschaft lieber die Mär vom bösen Machthaber Putin und dröhnen die Hirne mit dem Qualm «russische Bedrohung» zu. Sie hofieren den gemeingefährlichen Hanswurst in Kiew, erst recht, seit der im Weissen Haus von Trump und Vance die hochverdiente und überfällige Abreibung bekam.

Zum Besseren hat sie leider nicht geführt. Selensky gab danach nur noch ein paar Stunden lang den dicken Maxe. Dann kroch er zu Kreuze: Er sei bereit, schrieb er auf X, «die Dinge wieder in Ordnung zu bringen» und unter Trumps «starker Führung daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden».

Was von dem Reuebekenntnis zu halten ist, wird sich zeigen. Einstweilen scheint er seine Spielchen bei seinen EU-Kumpanen v. d. Leyen, Starmer, Macron, Scholz, Merz, Tusk und der baltischen Zwergstaaten-Xanthippe Kallas fortsetzen zu wollen. Diese üble Clique ist bereit zur EU-vertragswidrigen Kriegsfinanzierung – mit einer astronomischen Schuldaufnahme von fast 800 Milliarden Euro. Unter dem Beifall ihrer genasführten Wähler. Klar:

«Unbedingter Gehorsam setzt bei den Gehorchenden Unkenntnis voraus.»

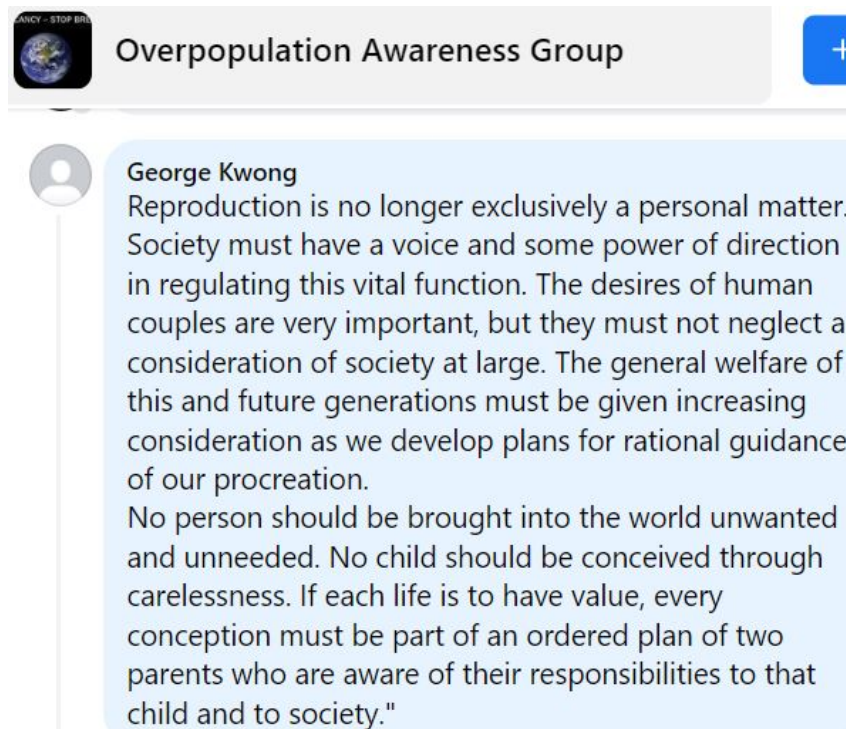
Kapiert?

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die «mediale Massenverblödung» (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein «Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V.» dokumentiert: <https://publikumskonferenz.de/blog>

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2025/03/20/zu-den-waffen-burger-der-frieden-greift-an/#more-16662>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

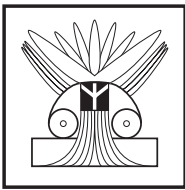
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand <beschreibt>, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol <Tod, Todesexistenz> beinhaltet das Symbol <Frieden> eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

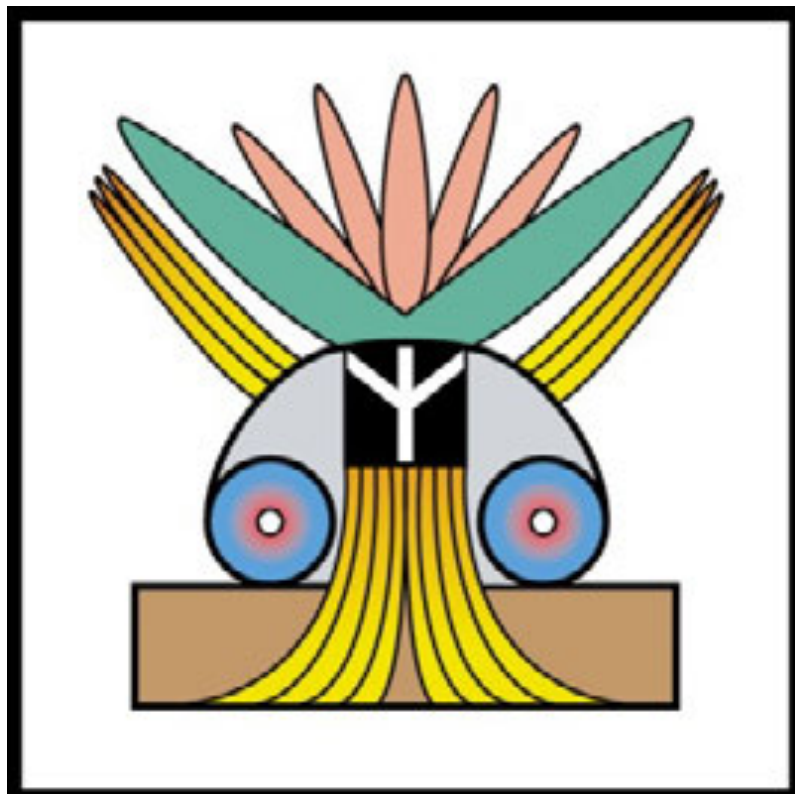
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffft Unfrieden, Hass und Unheil

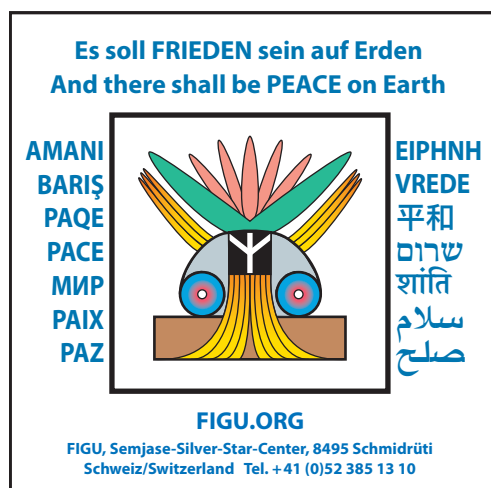
Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte «Todesrune», die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die «Todesrune» bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die «Todesrune» als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der «Todesrune», die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinn und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

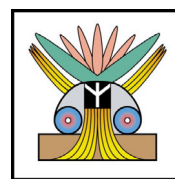
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geistesleifre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz